Interview mit dem PLO Botschafter in der VR China 1H 20 150C S. 10

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 38 vom 20. September 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Rettet das Leben der spanischen Antifaschisten

Weg mit den Todesurteilen gegen die spanischen Antifaschisten!

„Weg mit den Todesurteilen gegen die spanischen Antifaschisten und Patrioten!" Das ist die Forderung aller antifaschistisch und antiimperialistisch gesonnenen Menschen in der ganzen Welt. Die FRAP-Genossen Manuel Blanco Chivite, Vladimiro Fernandez Tovar und Jose Humberto Francisco Baena Alonso wurden zum Tode verurteilt. Sie sollen, wie auch die baskischen Patrioten Jose Antonio Germendia und Angel Otaegui, nach dem Willen des Mord-Regimes qualvoll durch die Garotte sterben, weil sie für die Freiheit der Völker Spaniens, für den Sturz des Franco-Faschismus und die Vertreibung des Yankee-Imperialismus von spanischem Boden kämpfen. Die Genossen Pablo Mayora Rueda und Fernando Sierra Marco sollen für 30 bzw. 25 Jahre eingekerkert werden.

„*Wir sind ja von vornherein schon zum Tode verurteilt ... Dies war kein Prozeß, sondern eine Farce.*" Diese Feststellung des Genossen Fernando Sierra Marco in seinem Schlußwort vor dem Madrider Militärgericht sagt alles über diesen Prozeß. Während der gesamten Verhandlung war das Militärgericht von 200 Soldaten in Kampfuniform umstellt, die angeklagten Genossen waren während der gesamten Verhandlungsdauer – selbst während des Essens – mit Handschellen gefesselt. Alle 190 Beweisanträge der Verteidigung wurden innerhalb von 4 Stunden abgelehnt. Einer der Verteidiger fragte empört: „*Warum lädt man uns hierher, wenn alle unsere Anträge abgelehnt werden?*" Beweise, Zeugen gab es in diesem Prozeß nicht. Die Madrider Blutjustiz machte sich nicht einmal die Mühe, den Anschein einer Beweisaufnahme zu erwecken.

„*Ich wurde 72 Stunden lang geschlagen.*" „*Ich wurde 10 Stunden systematisch und brutal mißhandelt.*" „*In sechs Nächten nacheinander haben sie mich geholt und haben mich geschlagen.*" Diese Anklagen der Genossen vor Gericht verraten genug über die „Beweisführung" des Terrorregimes. Die Folter ist ihre Methode der „Wahrheitsfindung". Unter schwersten und brutalsten Folterungen wurden die Genossen gezwungen, sogenannte Geständnisse zu unterschreiben. Genosse Fernando Sierra Marco konnte das Geständnis, das er unterschreiben mußte, nicht einmal lesen. Durch die Folterungen, durch die Schläge ins Gesicht konnte er nicht mehr sehen. Den Genossen wurde gedroht, auch ihre Frauen, Bräute und Kinder würden gefoltert, wenn sie die „Geständnisse" nicht unterschrieben. Diese „Geständnisse" waren die einzigen „Beweise" der faschistischen Justiz. Und diesen „Beweis" zerfetzten die angeklagten Genossen vor Gericht. Mutig prangerten sie die Foltermethoden an, zeigten ihre Wunden. Francos Folterknechte hatten den Mut dieser Revolutionäre nicht brechen können: In Erwartung der sicheren Todesurteile bekannten sie sich heldenhaft zur revolutionären antifaschistischen und patriotischen Front Spaniens (FRAP) und zur Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten.

In Spanien werden tagtäglich neue Kampfaktionen gegen den Terror des Franco-Regimes durchgeführt. In mehreren Städten fanden Demonstrationen statt, in die die Polizei teilweise hineinschoß. Bei einer Demonstration in San Sebastian wurde ein junger Mann von 23 Jahren von der Franco-SS

Fortsetzung auf Seite 8



Pit Routhier zu 7 Mon. Gefängnis verurteilt

Den Vater ermordet, den Sohn sperren sie ein

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde bei der Arbeitsgerichtsverhandlung von Hanfried Brenner in Duisburg unser Genosse Günter Routhier erschlagen. Vor einer Woche verfügte das Amtsgericht in Duisburg, daß sein Sohn Pit für 7 Monate ins Gefängnis gesperrt wird! Dieses Urteil stand fest seit dem Tag, an dem die Polizei im Beisein von Pit Routhier den Vater Günter Routhier erschlug! Schon damals drohte einer der am Einsatz gegen Günter beteiligten Polizisten: „Routhier, dich krieg ich auch noch, dann mach ich dich alle!" Jetzt war Schabronat, ebenfalls einer der Mörder, der Hauptbelastungszeuge gegen Genossen Pit. In einem Prozeß mit zwei völlig willkürlichen Anklagepunkten, mit „Beweisen", die ausschließlich aus Polizeilügen bestanden. Vor allem aus den Lügen des Mörders Schabronat!

Fortsetzung auf Seite 7

Von Rauschgiftbanditen überfallen

Mordanschlag auf Albrecht R.

„Samstag, den 6. September gegen 21 Uhr. Der Jungarbeiter Albrecht R. verläßt noch einmal seine Wohnung. Wenige Meter von der Wohnung entfernt wird er plötzlich von einem Mann mit einem Messer überfallen. Nur durch eine schnelle Körperdrehung gelingt es Albrecht, dem Messerstich etwas auszuweichen und so Schlimmeres zu verhindern. Das Messer geht durch die Lederjacke (!) und das Hemd in die rechte Seite. Obwohl verletzt, gelingt es Albrecht, den Messerstecher in die Flucht zu jagen.

Dies war nicht der erste Überfall auf den Kommunisten Albrecht.

7. Januar 75:

Auf dem Heimweg von der Arbeit wird Albrecht von 3 Schlägern überfallen. 2 halten ihn fest, einer schlägt mit den Fäusten auf Albrecht ein.

Anfang Februar:

Auf dem Heimweg von der Spätschicht trifft Albrecht beim Unteren See in Böblingen auf eine Gruppe von Leuten, die bei seinem Erscheinen schnell auseinandergehen. 2 dieser Bande laufen auf Albrecht zu. Durch entschlossenes und tatkräftiges Handeln gelingt es ihm, die beiden Schläger in die Flucht zu jagen.

Ende Juni 75:

In der Nähe von IBM Sindelfingen versucht ein Mann Albrecht anzugreifen, als dieser sich gerade auf dem Heimweg befindet.

Hinter diesen Überfällen steckt System. Es ist eine Rauschgifthändlerbande, die es auf den kommunistischen Jungarbeiter Albrecht abgesehen hat.

Vor seiner Bundeswehrzeit, vor 2 Jahren, ging der Jungarbeiter öfter in die Jugendhäuser in Böblingen und Sindelfingen. Dort wurde ihm innerhalb von wenigen Wochen mehrmals Rauschgift angeboten. Albrecht ist Kommunist. Er kennt die Gefährlichkeit und Schädlichkeit von Rauschgift. Deshalb sagte er nicht „Nein, danke", sondern erteilte diesen Rauschgifthändlern eine handfeste Abfuhr, wie es diese elenden Banditen verdient haben.

Und dies ist der Grund, weshalb sie es jetzt auf das Leben von Albrecht abgesehen haben, weshalb sie sogar vor einem Mordversuch nicht zurückschrecken. Bei dem Überfall am 7. Januar erkannte Albrecht in einem der 3 Schläger einen von denen, die ihm vor dem Jugendhaus Böblingen Rauschgift angeboten hatten. Dieser Kerl war es, der auf Albrecht einschlug, während die anderen ihn festhielten.

Diese Rauschgiftbande stellt besonders für die Jugend eine große Gefahr dar. Wieviele Jugendliche haben diese Banditen auf ihrem Gewissen: die Gesundheit zerstört, verzweifelt, zu Kriminellen geworden. Wievielen haben sie mit hohen Preisen ihr mühsam verdientes Geld oder Taschengeld abgenommen, um sie dann immer tiefer in den Drogensumpf zu ziehen.

Und wenn einer ihnen ihre „Ware" nicht abnimmt, sondern ihnen ihr Haschisch aus den Händen schlägt oder wenn einer nicht mehr mitmachen will, dann schicken sie ihre Schlägertrupps los, die mit Fäusten und Messern die Jugendlichen einschüchtern oder kaputt machen sollen. Überfälle, Schlägereien

Fortsetzung auf Seite 6

Genosse Kahremann Ylli gestorben

(ata) Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und das Prasidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien geben mit tiefem Schmerz bekannt, daß Genosse Kahremann Ylli, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens plötzlich an einem schweren Herzleiden, an dem er lange gelitten hat, am 3. September 1975 um 6.54 Uhr gestorben ist.

AUS DEM INHALT

2 Jahre Putsch in Chile 2
Technogerma in Peking 2
Bundeswehr: Ausbildung von Mördergenerälen 2
DDR: Kleinbürgerliche Kritik als Ventil für Unruhe 3
Klöckner Bremen: D„K"P gegen Forderungen der Kollegen 4
Lohnstopp im Öffentlichen Dienst geplant 4
Lehrlinge: Nach der Prüfung die Entlassung 5
Interview mit einer kommunistischen Jugendvertreterin 5
Bürgerschaftswahlen in Bremen 6
Kassel: Polizei schießt auf Genossen . 7
Sofortige Aufhebung der Isolation gegen Hubert Lehmann! 8
Vor 30 Jahren – Landreform in Albanien 9
Interview mit dem Botschafter der PLO in der VR China 10
Abkommen zwischen Israel und Ägypten 10

Vor 2 Jahren: Faschistischer Putsch in Chile

Chiles Revisionisten Feinde des Volkes

Vor zwei Jahren stürzten die amerikanischen Imperialisten und ihre Mördergenerale in Chile die antiimperialistische Regierung Allendes. Sie ermordeten ihn, so wie sie Zehntausende von chilenischen Patrioten und Revolutionären ermordeten. Sie sperrten Hunderttausende in die KZs und errichteten über das ganze Land die grausamste faschistische Diktatur, um den Kampf des chilenischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit im Blut zu ersticken.

Die Junta zur „nationalen Errettung", wie sie sich selbst nannte, stürzte das Volk in unbeschreibliches Elend. Niemals zuvor gab es so viel Hunger, Elend und Not, eine solch brutale Ausplünderung der breiten Volksmassen durch die Großgrundbesitzer, die wieder Riesenländereien an sich rissen; durch die Monopole, die wie Kennecott das chilenische Kupfer plündern oder wie ITT, Höchst und BASF entscheidende Zweige der chilenischen Wirtschaft beherrschen.

Jedermann weiß heute, daß die wirklichen Herren Chiles in Washington sitzen, daß es die amerikanischen Imperialisten sind, die den faschistischen Putsch geleitet und finanziert haben.

Wie konnte es zu dem konterrevolutionären, von den amerikanischen Imperialisten angezettelten Putsch kommen? **Die Verantwortung dafür tragen die modernen Revisionisten der ‚K'P Chiles, die Corvalans und Teitelboims, die das Volk ideologisch, militärisch und politisch entwaffneten.** Heute haben die modernen Revisionisten eine große Kampagne entfacht, in der sie sich als die Führer des Kampfes des chilenischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus und die faschistische Junta hinstellen. Sie versuchen sogar mit der Losung „Portugal darf kein 2. Chile werden", die Empörung unseres Volkes über die faschistische Junta in Chile auch für ihre konterrevolutionären Ziele in Portugal auszunutzen. Die revisionistischen Führer der ‚K'P Chiles heben sich selbst in den Himmel, wie z.B. der Revisionist Teitelboim, der über seinen Freund Corvalan schreibt: „...das Hirn, die Ehre und das Gewissen der chilenischen Nation..."

Die Führer der revisionistischen Partei Chiles haben aber genügend Beweise für ihren Verrat hinterlassen. Es genügt, ihr Zentralorgan „El Siglo" aus den Jahren 1970 - 73 aufzuschlagen, und man findet zahllose Äußerungen, die zeigen, wie sie die Wirklichkeit verfälscht haben, wie sie vor der reaktionären Armee auf die Knie gefallen sind, wie sie versucht haben, die revolutionären Kämpfe der Massen zu bremsen usw. usf.

Über den „friedlichen Weg" der chilenischen Revolution schrieb z.B. Volodia Teitelboim, Mitglied des Sekretariats der ‚K'PCh: *„Wir sind Gegner des Hassens. Wir wissen, daß das Argument der Gewehre nicht an das Argument der Idee heranreicht."* (9.1.73) *„Wir unsererseits sind nicht für den Bürgerkrieg, auch nicht für ein zweites Vietnam, auch nicht für ein zweites Indonesien oder einen schlimmeren Bürgerkrieg als 1891. Die KP ist nicht für Gewalt. Ich proklamiere den Kampf gegen Haß und Gewalt."* (30.1.73) Über die reaktionäre Armee schrieb z.B. J. Insunza, Mitglied des Politbüros der ‚K'PCh noch zwei Tage vor dem Putsch: *„Es gibt und es kann keinerlei Antagonismus zwischen dem Volk, seiner Regierung und seiner Armee geben."*

Sie ließen sogar Pinochet selbst zu Wort kommen und erklären: *„Wir lassen uns nicht für 30 Silberlinge kaufen. Sie können sicher sein, daß es in Chile keinen Putsch geben wird.* " (12.6.71) Das war einer ihrer „Kronzeugen", und folgerichtig haben sie das Verbot der Volksbewaffnung befürwortet, so wie sie gegen jeden revolutionären Kampf der Massen aufgetreten sind wie z.B. auch gegen die Landbesetzungen durch die kleinen Bauern und Landarbeiter: *„In Gautin griffen die Regierung und die Unidad Popular ein, damit der Prozeß von Landbesetzungen beendet würde..."* erklärt Corvalan zustimmend am 25.2.71. Und Orlando Millas, Mitglied des Sekretariats der revisionistischen Partei, erklärt am 13.6.71: *„Die Thesen für den bewaffneten Kampf und die verantwortungslosen Aufrufe zur Gewalt müssen ein für allemal ein Ende nehmen. Wenn sie nicht aufhören, müssen sie als volksfeindliche Handlungen definiert und mit Gewalt unterdrückt werden."*

Dies alles zeigt, wie sich die chilenischen Revisionisten in die Arme der chilenischen Bourgeoisie warfen und deren Interessen vertraten, wie sie das Volk in jeder Beziehung vor dem Angriff der Konterrevolution entwaffneten. Aber nicht nur das. Sie handelten als 5. Kolonne der russischen Sozialimperialisten, schwenkten die Fahne des Antiimperialismus, um das chilenische Volk den Neuen Zaren im Kreml auszuliefern. **Insofern ist der Putsch in Chile auch das Ergebnis der Rivalität zwischen den zwei Supermächten.**

Wer heute über all das schweigt, sich zwar „Marxist-Leninist" nennt, aber, wie z.B. der KBW in der KVZ, es fertigbringt, eine ganze Seite über Chile zu schreiben, ohne die modernen Revisionisten auch nur einmal zu erwähnen, der beschönigt den Verrat der Revisionisten und arbeitet ihnen in die Hände.

Die Vorhutpartei der chilenischen Arbeiterklasse und des ganzen chilenischen Volkes, die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles (RKPCh) kämpft seit jeher gegen den Verrat der modernen Revisionisten, um den Imperialismus und die faschistische Diktatur zerschlagen zu können. Ohne den kompromißlosen Kampf gegen den modernen Revisionismus ist der Sieg der Revolution unmöglich. Entsprechend dieser Linie hat die RKPCh trotz des grausamen Terrors eine breite Aktivität entfaltet, wurde unter ihrer Führung die revolutionäre Volksfront gegründet, um die Diktatur zu stürzen, werden die Bedingungen für den revolutionären Volkskrieg unter der Führung der Partei geschaffen, dem einzigen Weg zur Freiheit.

„Über die Ereignisse in Chile muß in der ganzen Welt nachgedacht werden", diese Aufforderung eines Genossen des Politbüros der RKPCh, die wir im Januar vergangenen Jahres im ROTEN MORGEN abdruckten, kann nur heißen:

Um die Revolution durchzuführen, muß sich das Volk bewaffnen muß es von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt sein, ist es notwendig, einen kompromißlosen Kampf gegen den modernen Revisionismus zu führen, denn, ohne ihn besiegt zu haben, kann die Revolution nicht siegen.

BERICHTIGUNG

Wie schon in einer der letzten Nummern des ROTEN MORGEN beigelegten Korrektur zu entnehmen ist, ist die Meldung aus dem letzten ROTEN MORGEN, daß die Todesurteile an den beiden Genossen der ETA bereits vollstreckt wurden, falsch. Der Kampf um die Rettung ihres Lebens geht weiter!

Technogerma in Peking

Beziehungen zu China nutzen dem deutschen Volk

Rund 200000 Menschen besuchten im Juni in Köln die 1. Wirtschafts- und Handelsausstellung der VR China in der Bundesrepublik. Jetzt ging in Peking die „Technogerma", die erste umfassende Industrieausstellung der Bundesrepublik in der VR China zu Ende. 360 Firmen aus der Bundesrepublik stellten aus. Darunter solche aus der Maschinenbau- und der Eisen- und Stahlindustrie, der Luftfahrt- und der Elektroindustrie, der optischen Industrie und des Fahrzeugbaus. Die Delegation der Bundesrepublik wurde von Wirtschaftsminister Hans Fridrichs geleitet.

Der Außenminister der VR China, Genosse Yao Yi-lin hob in seiner Rede bei der Eröffnung der Ausstellung hervor: *„Die verschiedenen Industrieprodukte und technischen Ausrüstungen, die auf der Ausstellung gezeigt werden, sind das Ergebnis der Arbeit und der Weisheit der Menschen der Bundesrepublik Deutschland... Die Ausstellung gibt uns die Gelegenheit, uns mit der Entwicklung von Industrie und Technologie in der Bundesrepublik Deutschland bekannt zu machen, um von ihren Menschen zu lernen."* Bundeswirtschaftsminister Fridrichs erklärte, daß die Tatsache, daß in beiden Staaten verschiedene Gesellschaftssysteme existierten, kein Hindernis für die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen und für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sei.

Vor allem die modernen Revisionisten der D,K'P hetzen darum gegen den Ausbau der Beziehungen zur VR China. In der D,K'P-Zeitung UZ heißt es unter der Überschrift „Superschau in Peking": „...feiert man dort mit einer kostspieligen Superschau das Bündnis des Maoismus mit der Weltreaktion gegen Fortschritt, Frieden und Sozialismus." Die Beweggründe für diese antichinesische und antikommunistische Hetze liegen auf der Hand: Die D,K'P-Revisionisten träumen davon, gestützt auf den Bajonetten der russischen Sozialimperialisten, ihr sozialfaschistisches Regime in Westdeutschland zu errichten. Sie wollen unser Land sturmreif machen für den Einmarsch des russischen Sozialimperialismus. Die VR China aber steht an der Spitze des Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte und entlarvt unermüdlich die aggressiven Pläne der russischen Sozialimperialisten.

Diese Ausstellung, die die westdeutschen Imperialisten natürlich organisierten, weil sie sich durch die Ausweitung des Handels mit der Volksrepublik China große Profite versprechen, ist auch im Interesse unseres Volkes. Wir sind dafür, daß sowohl in diplomatischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR China bestehen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens ist es im Interesse der weltweiten Front gegen die beiden Supermächte, wenn die kapitalistischen und imperialistischen Staaten der 2. Welt, zu denen die Bundesrepublik gehört, ihre Beziehungen zur Volksrepublik China und zu den Ländern der 3. Welt verstärken. Zweitens stellt die Existenz dieser Beziehungen eine günstige Bedingung für die Entwicklung der Freundschaft unseres Volkes mit der VR China dar. Drittens zwingen solche Beziehungen die westdeutschen Imperialisten dazu, wenigstens bruchstückhaft Informationen über den sozialistischen Aufbau in der VR China erscheinen zu lassen. Die Kölner Ausstellung hat gezeigt, daß auch das eine günstige Bedingung für die Propagierung des Sozialismus in unserem Land ist.

Chilenischer Offizier in der Bundeswehr

Ausbildung für die Mördergenerale

Die Bundeswehr bildet Offiziere aus 35 Staaten aus. Darunter zum Beispiel Helmut Kraushaar, einen Junta-Offizier aus Chile. Darunter Offiziere des faschistischen Regimes in Südkorea, im Iran und Brasilien. Und Bundesverteidigungsminister Leber ist noch stolz darauf: „Und ich bin persönlich dankbar für jeden Offizier aus einem Land, in dem keine demokratischen Verhältnisse herrschen, der hier seine Ausbildung finden kann. Wir haben das in der Vergangenheit so gehalten, und wir werden das auch in der Zukunft so halten." So Leber im Morgenmagazin des Westdeutschen Rundfunks.

Wie oft haben Vertreter der Bundesregierung nicht in Worten gegen den Faschismus in anderen Ländern protestiert! Wie oft haben sie nicht in bestimmten Situationen freundliche Worte für die Befreiungsbewegungen zum Beispiel in Afrika gefunden! Aber die Tatsachen zeigen, daß zwischen den Worten der Bundesregierung und ihren Taten ein erheblicher Unterschied besteht. Mit den Worten soll das Volk belogen werden, mit den Taten werden die Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse vertreten. Leber hat das deutlich gesagt: „Ich werde diesen chilenischen Offizier nicht nach Hause schicken. Es gibt dabei auch deutsche Interessen zu berücksichtigen."

Was folgt aber für uns aus diesem erneuten Beweis des reaktionären Charakters des westdeutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr? Die UZ der D,K'P „warnt": „Denn immer deutlicher wird das Eingreifen der Generalität in die Innen- und Außenpolitik unseres Landes. Immer offensichtlicher wird ihr Versuch, die Entwicklung in eine außerordentlich gefährliche Richtung zu treiben." Hier werden die Tatsachen direkt auf den Kopf gestellt. Hier wird so getan, als seien alle Menschen in der Bundesrepublik, egal, ob sie Kapitalisten oder Arbeiter sind, ein Spielball der reaktionären Generale. In Wirklichkeit aber stand die Armee der deutschen Imperialisten immer unter dem Kommando der Kapitalistenklasse und hat die Politik durchgeführt, die ihren Interessen nützt.

Darum ist es für die deutsche Arbeiterklasse kein Ausweg, auf einen angeblich „vernünftigen" Teil innerhalb der Bourgeoisie zu bauen. Der westdeutsche Imperialismus, der gerade jetzt wieder gezeigt hat, daß er mit allen Faschisten in der Welt seine Geschäfte macht, kann nur in der bewaffneten, proletarischen Revolution gestürzt werden.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Zum Roten Antikriegstag 1975 erschien bereits die zweite Nummer von „Roter Jungprolet", Zeitung der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML, bei Siemens in Westberlin.



KITZINGEN

Am 3.9.75 verabschiedete der Stammtisch der KPD/ML in Kitzingen, an dem 12 Menschen teilnahmen, eine Solidaritätsresolution an die 16 Genossen der FRAP, besonders an die 5, denen zum damaligen Zeitpunkt Todesurteile drohten. Es wurden 155,50 DM gespendet.

BOCHUM

Anläßlich des Prozesses gegen die 5 Genossen der FRAP und der Todesurteile gegen zwei Kämpfer der ETA fand in Bochum am Freitag ein Arbeitertreff statt. 18 Freunde und Genossen waren gekommen. Ein Vertreter der FRAP berichtete über die Kämpfe gegen den Faschismus und über die Prozesse gegen die Genossen der FRAP. Auch ein Vertreter der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft war anwesend und hielt eine Rede. Ein Genosse aus Bochum trug ein Gedicht zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die FRAP und die PCE/ML vor, das er selbst geschrieben hatte. Er erhielt dafür großen Beifall. Mit dem Gesang der „Ballade der 11. Brigade" und einer Sammlung zur Unterstützung der FRAP wurde der Arbeitertreff beendet. Zum Schluß wurde noch von den bevorstehenden Prozessen gegen die Genossen Hanfried Brenner und Maike Tuschen berichtet, zu denen mehrere Kollegen kommen wollen.

BIELEFELD

Auf einer Veranstaltung der Roten Garde in Bielefeld wurde eine Solidaritätsresolution an die Genossen Peter, Bernd, Hubert und Georg verabschiedet, die wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 im Gefängnis sitzen. Es wurden 66,50 DM gespendet.

Redaktionelle Mitteilung

Wir freuen uns, unseren Lesern mitteilen zu können, daß der ROTE MORGEN von dieser Nummer an regelmäßig mit 12 Seiten erscheinen wird. Einmal monatlich wird wie gewohnt „Die Rote Garde" als Beilage zu einem dann 8-seitigen ROTEN MORGEN erscheinen. Durch die höhere Seitenzahl war es uns möglich, für einige Themenbereiche im ROTEN MORGEN größeren Raum zu schaffen und die Korrespondenzen- und Nachrichtensparten auszubauen. Wir hoffen, damit die Zustimmung unserer Leser zu finden. Gleichzeitig wird der ROTE MORGEN jetzt in einem anderen Druckverfahren hergestellt. Der Preis des ROTEN MORGEN bleibt der alte.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 — 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Ullrich Plenzdorf - Vertreter der kritischen Kunst in der DDR?

Kleinbürgerliche Kritik als Ventil für die wachsende Unruhe

Der DDR-Autor Ullrich Plenzdorf hat, vor allem mit seinem Stück „Die Leiden des jungen W.", auch bei der bürgerlichen Presse in Westdeutschland viel Beifall gefunden. Häufig wurde er sogar als Anzeichen für ein angebliches „Tauwetter" in der DDR gewertet. Plenzdorf steht für eine ganze Richtung in der gegenwärtigen, offiziellen, revisionistischen Kunst in der DDR. Scheinbar wird eine bestimmte Kritik am sozialfaschistischen Regime geduldet. Diese kleinbürgerliche Kritik aber soll in erster Linie ein Ventil für den wachsenden Unmut und die Empörung vor allem der Jugend über die Herrschaft der Honecker-Clique schaffen. Der kleinbürgerliche Charakter dieser Kritik, die nichts mit dem proletarischen Klassenstandpunkt zu tun hat und sich auch gegen den Marxismus-Leninismus richtet, findet natürlich nicht nur die Anerkennung der Machthaber in der DDR, sondern auch der westdeutschen Imperialisten.

Ullrich Plenzdorf ist ein typischer Vertreter der kleinbürgerlich-realistischen Richtung, die nach dem 8. Parteitag der SED stark an Einfluß gewann. Ein Film von ihm, der ziemlich viel Aufsehen erregte, heißt: „Paul und Paula". Er erzählt die Geschichte zweier junger Leute, spielt in der heutigen DDR. Was ist das Wichtige an diesem Film? Zum einen stellt dieser Film die Verhältnisse in der DDR ganz realistisch dar und übt eine Kritik am bürgerlich-revisionistischen Herrschaftssystem. Der Film leuchtet in das parasitäre Leben der neuen Bourgeoisie hinein, er zeigt, wie die hohen Staatsbeamten ein Luxusleben, ein Leben in Saus und Braus führen, in einer exklusiven Sonderwelt leben, zu der das einfache Volk keinen Zutritt hat. Der Film zeigt, wie einzig und allein die Stellung im hierarchisch organisierten revisionistischen System darüber entscheidet, ob man mitreden kann oder nicht, wie die Massen ein Leben fernab von der Politik, ein stumpfes, graues, tristes Leben führen.

Aber andererseits hat diese Kritik kleinbürgerlichen Charakter. Paula ist als Arbeiterin in einer schlechten Lage. Wie hilft sie sich weiter? Wofür kämpft sie? Zu einer Fete von Staatsfunktionären, Diplomaten und Ausländern, wo auch Paul, ihr Geliebter, dabei ist, verschafft sie sich praktisch illegal Zutritt. Paul stellt sie zur Rede. Er sagt, es gibt Regeln, die man beachten muß. Das sind die Regeln der Bourgeoisie zugunsten der Maximalprofite und der Erhaltung des Ausbeutungssystems. Paula antwortet einfach: Und wenn ich diese Regeln nicht beachten will, wenn mir mein persönliches Glück wertvoller ist! Es ist Paula egal, welche Ordnung sie durchbricht. Paula würde jede Ordnung durchbrechen, um ihre persönlichen Interessen durchzusetzen. **Sie geht nicht vom Klassenstandpunkt aus. Paula kämpft allein, mit anarchistischen Methoden und nur für ihr eigenes Glück, wie es den anderen geht, ist ihr egal.**

Das Stück, „Die neuen Leiden des jungen W.", das noch weitaus mehr Aufsehen und Zustimmung bei den kleinbürgerlichen Intellektuellen, bei den Studenten und Oberschülern, fand, hat ebenfalls diesen Charakter. Einerseits eine realistische Kritik, die allerdings ziemlich oberflächlich bleibt, andererseits eine Kritik kleinbürgerlicher Natur, eine Kritik, die der Klassenlage und der Ideologie des Kleinbürgers entspricht. Die Geschichte ist folgende: Ein Jugendlicher, er heißt Edgar Wibeau, erlebt die verbürgerlichte revisionistische DDR-Gesellschaft von verschiedenen Seiten, er durchläuft verschiedene gesellschaftliche Stationen und stirbt zum Schluß scheinbar zufällig durch einen Unfall, in Wirklichkeit, weil er mit dieser Gesellschaft nicht zurechtkommt, weil er an ihr verzweifelt.

Sehen wir uns kurz die gesellschaftlichen Stationen an, die Edgar durchläuft. Die Lehre, die er angefangen hatte, ist stupide und stumpfsinnig, und als er sich dagegen auflehnt, reagiert der Meister autoritär. Auch die Mutter hat es darauf angelegt, ihn zu einem guterzogenen, braven Spießer ohne Ideen und ohne wirkliches Ziel zu machen. Aber ihn widert diese „Perspektive" an, ein Bohemienleben, ein Künstlerdasein, das reizt ihn schon mehr. Er erinnert sich, daß sein Vater Maler ist, fängt selbst an zu malen, wobei natürlich nur Dilettantismus herauskommt. Die Kunsthochschule lehnt ihn ab. Wieder muß Edgar erleben, daß die Gesellschaft ihn ohne Interesse betrachtet, der zuständige Bürokrat fertigt ihn schnell und teilnahmslos ab. Er beschließt nach Berlin zu gehen, dort unterzutauchen, um, wie er sagt, endlich einmal allein zu sein und tun und lassen zu können, wozu man gerade Lust hat. **Man sieht deutlich, der Autor gibt sich keine große Mühe, den kleinbürgerlichen Charakter der Kritik, die er durch den Mund seines Helden übt, zu verbergen. Der unterdrückenden Disziplin der Bourgeoisie wird nicht die bewußte Disziplin des Proletariats, sondern die Undiszipliniertheit des Kleinbürgertums gegenübergestellt, die individualistische Lebensweise möglichst weit weg von der Produktion, möglichst fernab von den Massen.**

Der Autor läßt seinen Helden ungezählte kleinbürgerliche und bürgerliche Ideen verbreiten: So sei z. B. Kritik und Selbstkritik schlecht, da sie den Menschen angeblich entwürdige, so müsse heute eigentlich jeder normal denkende Mensch für den Kommunismus sein und Propaganda für den Kommunismus sei daher ziemlich überflüssig u. a. Weisheiten. Natürlich ist Selbstkritik und Kritik im bürgerlich-revisionistischen System ein Instrument der Bourgeoisie und demütigend für die Massen, aber doch nur, weil die neuen Herren vor dem Volk, vor den breiten Massen niemals Selbstkritik üben müssen, weil sie von der Selbstkritik ausgenommen sind, weil Kritik an den neuen Herren nicht erlaubt ist, weil jeder, der Kritik übt, mit Repressalien zu rechnen hat. **Die Kritik, die hier von Edgar geübt wird, richtet sich, weil sie eben diesen Unterschied nicht berücksichtigt, auch gegen den wirklichen Sozialismus und hat reaktionären Charakter.**

In Berlin hat er vor allem zwei Erlebnisse: er lernt eine Kindergärtnerin kennen, die ein paar Jahre älter ist als er, und er geht auf den Bau, um zu arbeiten. Seiner Liebe zu dem Mädchen steht deren Verlobter im Weg. Was kann der dem Mädchen bieten? Bei ihm läuft im Gegensatz zu Edgar alles „glatt". Abitur, Armee absolviert, Studienplatz, gesicherte Zukunft, eine komfortable Wohnung, das steht bei ihm auf der Haben-Seite. Aber die junge Kindergärtnerin ist noch nicht ganz verspießert und, mit etwas Hilfe sieht sie ganz gut, was sich bei ihrem Verlobten hinter der heilen Fassade verbirgt, daß er schon hoffnungslos vertrocknet, innerlich leer ist, alle Frische und Lebendigkeit verloren hat und ein langweiliger Stubenhocker geworden ist. Von wem kommt die Hilfe? Gerade Egdar macht mehr noch durch sein Verhalten als durch seine Worte dem Mädchen klar, was mit ihrem Verlobten los ist. Durch seinen Spott lenkt er die Aufmerksamkeit des Mädchens darauf, daß in der Wohnung ihres Verlobten dieselben Bilder von van Gogh hängen wie in jeder „guteingerichteten" DDR-Wohnung, daß ihr Verlobter also zu den Leuten gehört, die gedankenlos Bilder aufhängen, die gerade Mode sind.

Wer sich ein klein wenig auskennt, weiß, wie typisch die Person des Verlobten für die Studierten zwischen 25 und 35 ist. Das andere Erlebnis Edgars ist seine Arbeit auf dem Bau. Er hat kein Geld mehr, und es wird ihm das Alleinsein auf die Dauer zu langweilig, also geht er arbeiten. Natürlich ist die Darstellung der Bauarbeiterbrigade als eines korrumpierten, nur auf Geld scharfen Haufens nicht aus der Luft gegriffen. Besser als die völlig verlogenen Fernsehspiele und Filme, die unter Ulbricht in Blüte standen, jetzt aus taktischen Gründen nicht mehr so gefördert werden, ist solch eine Version alle Male. **Aber der Autor „übersieht", daß Kameradschaftlichkeit, gegenseitige Hilfe, Menschlichkeit bei den Arbeitern immer noch zehnmal mehr vorhanden sind als bei den kleinbürgerlichen Intellektuellen.** Vor allem ist es echt kleinbürgerlich, die negativen Auswirkungen der revisionistischen Diktatur auf das Gesicht der Arbeiterklasse zu zeigen, ohne die Ursache zu nennen. Kurz und gut, eine ziemlich oberflächliche Kritik mit ausgeprägt kleinbürgerlichem Charakter, aber ein Fortschritt gegenüber den durch und durch verlogenen Machwerken, die vor dem 8. Parteitag die Szene völlig beherrschten.

Warum gewährte die revisionistische Führung dieser Richtung mehr Spielraum als früher? **Den verschärften Klassengegensätzen, die sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre herausgebildet hatten, entsprachen die rosaroten Filme ,Theaterstücke usw. nicht mehr.** Wollte man keine ernsthafte Unruhe unter den kleinbürgerlichen Intellektuellen, mußte man ein Ventil schaffen, oberflächliche Kritik zulassen.

Ganz entsprechend ist die Haltung der revisionistischen Führung heute. Man gibt sich leutselig, verständnisvoll gegenüber den Künstlern, solange diese nicht zu weit gehen. Neben Schmeichelei und jovialem „Auf die Schulter klopfen" wendet die revisionistische Führung auch die Methode der Bestechung an. So kaufen sich Plenzdorf und seinesgleichen teure Wochenendhäuser, fahren große Wagen und leben das Leben bürgerlicher Erfolgskünstler. **Aber was die revisionistische Führung will, und wohin die gesellschaftliche Entwicklung geht, das ist zweierlei.** Die Klassengegensätze verschärfen sich weiter, die Unzufriedenheit wächst ständig, auch die kleinbürgerlichen Intellektuellen befinden sich, die große Mehrzahl genommen, nicht in einer beneidenswerten Lage. Ganz bestimmt werden auch Künstler auftauchen, die lieber die Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit auf sich nehmen als sich als Beruhigungsmittel für die Massen von der revisionistischen Führung mißbrauchen lassen.

Aus aller Welt

PORTUGAL

Immer mehr portugiesische Soldaten weigern sich, für die Interessen der Imperialisten und der portugiesischen Bourgeoisie in Angola Krieg zu führen, und immer größer wird die Zahl derer, die den vollständigen und sofortigen Abzug aller portugiesischen Soldaten aus Angola fordern. Denn solange in Angola portugiesische Kolonialtruppen stehen, kann auch das portugiesische Volk nicht frei sein. Vor zwei Wochen haben zwei Kompanien der Militärpolizei ihren Abtransport verweigert und sind in Uniform durch die Straßen Lissabons demonstriert, wobei sie die Freilassung von 4 Soldaten erkämpften, die gefangengenommen worden waren, weil sie ihre Verschiffung nach Angola verweigert hatten. Kurze Zeit später verweigerten wiederum 40 Soldaten ihren Abtransport. Eine Vollversammlung der zwei Kompanien der Militärpolizei verfaßte vor der Aktion eine Resolution, in der erklärt wird, daß die Soldaten nicht bereit sind, den neokolonialistischen Krieg fortzusetzen, und in der es u. a. heißt, **„daß es nicht die Aufgabe der Soldaten, der Söhne des portugiesischen Volkes, ist, in Angola zu kämpfen, zu sterben und zu töten, sei es nun im Dienste des amerikanischen Imperialismus oder des russischen Sozialimperialismus."**

Gegen die sozialimperialistische und sozialchauvinistische, vor allem von den modernen Revisionisten Cunhals geschürte Propaganda, daß die portugiesischen Soldaten die Aufgabe hätten, einer angolanischen Befreiungsbewegung, die willkürlich zur Avantgarde des angolanischen Volkes ernannt wurde, zu „helfen", erklären die revolutionären Soldaten, **daß es einzig und allein die Aufgabe des angolanischen Volkes ist, darüber zu entscheiden, wer die Avantgarde des angolanischen Volkes ist.** Zum Schluß erklären die Soldaten, **„daß die einzige Form, dem angolanischen Volk zu helfen und ihm unsere Solidarität zu beweisen, die ist, in Portugal Revolution zu machen";** und sie schlagen die Bildung einer **revolutionären Soldatenkommission** vor, um ihren Kampf in allen Militäreinheiten zu organisieren. Die portugiesische Bourgeoisie versucht den revolutionären Kampf der Soldaten zu unterdrücken. Deshalb verhängte der Revolutionsrat unter der Führung von General Gomes ein Verbot, in der Presse Nachrichten, Kommuniques usw. aus der Armee zu verbreiten, und drohte den Soldaten mit Bestrafung. Die Führer aller großen bürgerlichen Parteien, eingeschlossen Soares und der modernen Revisionisten, haben die Maßnahme des Revolutionsrates gegen die revolutionären Soldaten voll befürwortet. **Sie alle haben Angst davor, daß die Soldaten, die „Söhne des Volkes", ihre Waffen nehmen, um die Revolution zu verteidigen und weiterzuführen. Die Aktionen der Soldaten sind daher für die Entwicklung der Revolution in Portugal, wie auch für den Befreiungskampf des angolanischen Volkes von großer Bedeutung.**

USA

Mit Beginn des neuen Schuljahres haben sich die konterrevolutionären Angriffe weißer faschistischer Banden in Boston, Louisville und anderen Städten auf die Neger verstärkt. Sie wollen den gemeinsamen Schulbesuch weißer und farbiger Kinder unter allen Umständen verhindern. Die weißen faschistischen Banden sind mit Knüppel und auch mit Pistolen bewaffnet und scheuen auch vor Mordanschlägen nicht zurück. In Boston und Louisville wurde schwerbewaffnete Polizei und die Nationalgarde eingesetzt, angeblich um die farbigen Kinder und ihre Eltern zu schützen. **In Wirklichkeit sind jedoch diese Truppen von den amerikanischen Imperialisten aufgeboten worden, um den militanten Kampf der Neger und der Angehörigen der anderen nationalen Minderheiten zu unterdrükken, die sich gegen die Provokationen und die Überfälle der Faschisten zur Wehr setzen.** Gerade in Boston haben Einheiten der Polizei erst vor einigen Wochen am Carson Beach (s. a. RM 37/75) bewiesen, daß sie gemeinsam mit faschistischen Banden gegen den Kampf der Neger vorgehen.

In New York und Chikago haben unterdessen auch Streiks der Lehrer begonnen, mit denen sie gegen ihre niedrigen Löhne, die völlige Vernachlässigung des Schulwesens und die angedrohten Entlassungen – allein in Chikago sollen es 1 500 sein – protestierten. In New York streiken die Lehrer trotz eines bestehenden Verbots.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten verstärken entschlossen ihren Kampf für nationale Freiheit und Unabhängigkeit gegen die britischen Imperialisten und ihre nordirischen Helfershelfer. Ein klarer Beweis dafür ist die Ausdehnung der mächtigen antibritischen Bewegung und der bewaffneten Aktionen. Die Bevölkerung von Belfast, Derry und anderen wichtigen Städten Nordirlands kämpfte erneut gegen die Polizei und rief dabei politische Losungen wie: **„Besatzer, schert euch heim!", „Wir sind gegen die Willkür!"**

Im Zentrum von Belfast sprengten die Patrioten eine Bar, in der sich reaktionäre Elemente zu treffen pflegten, in die Luft und töteten dabei etwa vierzig Komplizen der britischen Besatzer und zwei Besatzersoldaten. Diese Aktion hat die britischen Imperialisten in helle Panik versetzt und sie errichteten Schlagbäume auf den Straßen. In Falls-Road und in Lurgan griffen patriotische Kämpfer Agenten der britischen Besatzer, Militärlager und Patroullien der Feinde an.

Die britischen Imperialisten haben in der letzten Zeit viel Aufhebens über eine sogenannte politische Lösung für Nordirland gemacht. Sie ließen sogar eine Wahl durchführen, um eine „Verfassung" ausarbeiten zu lassen. Diese Schwindelfarce, an der sich neben den offenen Komplizen der britischen Imperialisten auch die angeblich für die Freiheit Nordirlands eintretende Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDLP) beteiligte, hat der Kampf des Volkes völlig zum Scheitern gebracht. Nicht nur, daß die britischen Imperialisten ihre Lakaien angetrieben haben, jede Beteiligung der SDLP an der Regierung abzulehnen, und damit ihr eigenes Projekt, daß sie unter der Propaganda von Zusammenarbeit der Katholiken und Protestanten aus der Taufe gehebn haben, um ihre Kolonialherrschaft zu festigen, zu Fall brachten, **die britischen Imperialisten haben auch die Anzahl ihrer Besatzungssoldaten erhöht, um den Kampf der Bevölkerung zu erdrosseln.** Die patriotischen Kräfte haben aber erneut bekräftigt, daß sie entschlossen sind, den endgültigen Sieg durch den bewaffneten Kampf zu erringen und erklärt: **„Wir werden vom Kampf nicht ablassen, ehe wir nicht die Befreiung des Vaterlands erreicht haben!"**

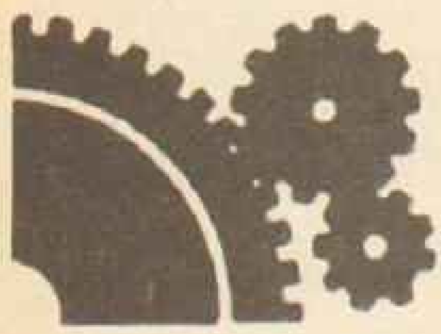
KAMBODSCHA

Nach fünfeinhalbjährigem, durch den Staatsstreich der amerikanischen Imperialisten und ihrer Marionettenclique um Lon Nol erzwungenem Exil in der Volksrepublik China, ist Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt Kambodschas, jetzt in seine Heimat zurückgekehrt. Hunderttausende von Menschen haben ihm, Ministerpräsident Penn Nouth, der nun ebenfalls in die Heimat zurückkehrt, und Vizepremier Khieu Samphan, der sie begleitete, einen triumphalen Empfang bereitet. In seiner Ansprache grüßte Samdech Norodom Sihanouk vor allem „das revolutionäre Kambodscha, den Besieger des amerikanischen Imperialismus" und erklärte, daß der langwierige und schwere Kampf der Nationalen Volksstreitkräfte ein neues und ruhmvolles Kapitel in der Geschichte Kambodschas aufgeschlagen habe. Er erklärte weiter, daß der Kampf und der Sieg des Volkes, der Helden und Heldinnen die Bewunderung der Völker der Erde ausgelöst hätte, und betonte, daß er auch in Zukunft seine ganze Kraft in den Dienst des neuen, revolutionären Kambodscha stellen wolle.



Verabschiedung auf dem Flughafen von Peking. Von rechts: Samdech Norodom Sihanouk, Deng Hsiao-ping, Penn Nouth, Khieu Samphan.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

"Justiz hat ihren Charakter nicht verändert"

Ich bin 6 Jahre lang als Lagerarbeiter bei der Lüngen KG in Bendorf gewesen. Am 15. März wurde ich fristlos entlassen, weil ich ein Flugblatt zur Betriebsratswahl im Betrieb verteilt habe. In diesem Flugblatt habe ich geschrieben: „Wählt keinen Meister in den Betriebsrat! Wählt keine Vorarbeiter, wählt keine CDU-Leute! Kollegen wählt keinen Zwiespältigen, der mit gespaltener Zunge spricht . . .“.

Das habe ich gemacht, weil der jetzige Betriebsratsvorsitzende, Meister Wasem, die Interessen des Unternehmers wahrnimmt. Er tut nichts dagegen, daß mittels Stoppuhr die Arbeitshetze erhöht wird. Wegen des Flugblatts wurde ich von dem Obermeister Paluch zur Rede gestellt. Dieser beschimpfte mich und drohte mit der Polizei, wenn ich so etwas noch einmal machen würde. Die Lüngen KG beschloß, mich wegen dem Flugblatt rauszuschmeißen. Vor dem Betriebsrat durfte ich das Flugblatt nicht rechtfertigen und das herrische Auftreten des Obermeisters Paluch nicht anprangern. Weil ich mir den Mund von dem Betriebsratsvorsitzenden Wasem nicht verbieten ließ und seine Methoden als faschistisch kennzeichnete, wurde mir fristlos gekündigt.

In meinem Arbeitsgerichtsprozeß mußte ich erleben, daß die Justiz extrem parteiisch für den Unternehmer ist. Zur ersten Sitzung, am 17. April, ging ich ohne Anwalt, da ich zuerst keinen fand, der konsequent meine Interessen wahrnehmen wollte. Der Arbeitsrichter verbat mir genauso das Wort wie der Betriebsratsvorsitzende Wasem, als ich die faschistischen Methoden im Betrieb aufdecken wollte.

Die Justiz hat ihren Charakter nicht verändert. Sie war den Faschisten botmäßig, und dieselben Nazis wie im Hitlerfaschismus bekleiden heute hohe Stellen in der Justiz. Der Geist von Obrigkeit, zynischer Gewalt und Beherrschung der Angeklagten durch tausend Verfahrensvorschriften ist gleich geblieben: im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Hitlerfaschismus und heute. Die Wahrheit darf nur zur Sprache kommen, wenn es den Gerichtsherren paßt.

Den Arbeitsrichter der ersten Güteverhandlung habe ich deshalb wegen Befangenheit abgelehnt. Dieser Antrag wurde von einem Richterkollegen zurückgewiesen. In der Kammerverhandlung am 30. Juli war dann plötzlich ein anderer Richter da. Jung und dynamisch, aber genauso parteiisch gegen mich. Meine Zeugen hinsichtlich der Vorfälle im Betrieb wurden nicht geladen. Die beiden Zeugen der Gegenseite, der Meister Wasem und der Obermeister Paluch, wurden zu ihren Lügen über mich ausführlich gehört. Meinem Anwalt wurden alle Fragen, welche diese Lügen aufdecken sollten, abgeschnitten, als „unzulässig“ zurückgewiesen. Beim Zeugen Paluch wurden neun Fragen unterdrückt, dann wurde ich für die Dauer der Beweisaufnahme von der Hauptverhandlung ausgeschlossen. Ich hatte mir diesen Terror des Gerichts nicht gefallen lassen und die Lügen der Zeugen offen angeprangert. Das konnte der Richter nicht hören. Er forderte Polizeischutz an. Als die Polizei kam, wich ich der offenen Gewalt. Es war schade, daß keine Öffentlichkeit im Saal war und so dieser Gerichtsterror nicht offen bekannt wurde.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme wurden meinem Anwalt alle wichtigen Fragen verboten. Von „Beweis“aufnahme konnte keine Rede sein. Die Beweise standen für das Gericht schon vorher fest. Das ganze war eine aufgeblasene Farce. Das Gericht konnte es auch nicht ertragen, daß mein Anwalt diese Farce beim Namen nannte, nach der „Beweisaufnahme“ schloß es ganz schnell die mündliche Verhandlung, damit mein Anwalt keine Möglichkeit mehr hatte, das Verfahren zu entlarven. „Er könne sich schriftlich zur Beweisaufnahme äußern!“

Die mündliche Verhandlung wird vor dem Arbeitsgericht Koblenz am Mittwoch, den 1. Oktober 1975, um 10.30 Uhr, fortgesetzt. (Koblenz, Roonstr. 49 a). Ich hoffe, daß dann eine Öffentlichkeit vorhanden ist.

gez. Anton Klein

Gleitende Arbeitszeit, Vorteil der Kapitalisten

Von Hagenuk in Kiel berichtet uns eine Kollegin über ihre Erfahrungen mit der „gleitenden Arbeitszeit“. Sie schreibt:

Wenn man früher für Behördengänge z. B. Freizeit bekam, muß man solche Zeiten heute nacharbeiten. Ausfallzeiten bei Zuspätkommen oder Früherweggehen, weil man sich nicht wohlfühlt, gibt es nicht mehr. Einen ganz besonders sozialen Anstrich hat sich nun die Geschäftsleitung bei der Hitzewelle erlaubt. Nachdem wir schon einige Wochen bei Temperaturen bis 40 Grad in den Werkstätten geschmort hatten und unsere Akkordleistungen immer mehr absackten, einige Kollegen umgekippt waren und krank wurden, gab uns die Geschäftsleitung folgende Erlaubnis: Wir dürfen schon ab 6 Uhr arbeiten und schon um 14.45 Uhr nach Hause gehen, und außerdem in diesem Monat 10 Stunden blau machen, die wir aber dann natürlich gleich im nächsten Monat wieder nacharbeiten mußten. Nach einer Woche, montags, waren wieder viele Kollegen um 6 Uhr angefangen. Kurz vor dem Frühstück kam von der Geschäftsleitung dann folgende Anweisung: Heute ist es etwas abgekühlt. Damit ist die Sonderregelung ab einschließlich heute aufgehoben. Wer schon Minusstunden gemacht hat, muß sie noch diesen Monat wieder aufholen. Die Kollegen waren natürlich unheimlich sauer und, einige gingen von ihrem Arbeitsplatz weg und schimpften. Nach einer Stunde kam eine neue Anweisung: Die Sonderregelung bleibt aufgehoben, die Minusstunden müssen nicht unbedingt in diesem Monat nachgeholt werden. Als aber die Hitze zwei Tage später schlimmer denn je wurde, war es aus „organisatorischen Gründen“ nicht mehr möglich, die Sonderregelung wieder einzuführen.

D'K'P unterdrückt Forderung der Arbeiter

Kollegen stimmen für lineare Lohnerhöhung

Am 3. September fanden 2 Betriebsversammlungen auf der Klöckner Hütte in Bremen statt, in deren Mittelpunkt die Stahltarifrunde stand. Die modernen Revisionisten der D„K“P entwickelten schon im August rege Aktivitäten zur Stahltarifrunde, um die Kollegen unter ihren Einfluß zu bringen. Dabei nutzen sie natürlich ihre relativ starke Stellung im Vertrauensleutekörper (VLK) und Betriebsrat aus.

Die VL-Leitung brachte im August bereits eine Resolution zur Stahltarifrunde heraus , und einen Tag vor den Betriebsversammlungen wurde dann der VLK zusammengetrommelt und beschloß die Forderung von 12%, mindestens 140 DM. Auf den Belegschaftsversammlungen sollte diese Forderung den Kollegen mit allen möglichen Argumenten plausibel gemacht werden.

Einen Tag nach den Belegschaftsversammlungen konnte man dann in der UZ lesen: „Beifall für 12% Lohnforderung“ (...) „In der Diskussion wurde deutlich, daß 7000 Bremer Stahlarbeiter bereit sind, diese Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen.“ So soll jeder glauben, das sei also auch die Forderung der Kollegen, und die D,K'P sei die große Vorkämpferin. Die Behauptungen der UZ sind aber nichts als bodenlose Lügen der D,K'P. Was war denn auf den Belegschaftsversammlungen wirklich geschehen?

Auf der ersten Versammlung, die vormittags stattfand, ging ein kommunistischer Kollege ans Rednerpult. Am Schluß seiner Rede griff der Kollege die Prozentforderung des Vertrauensleutekörpers an, deckte noch einmal ihren spalterischen Charakter auf und stellte dagegen, daß die Kollegen für lineare Lohnerhöhungen kämpfen müßten. Selbständig führte er eine Abstimmung darüber durch, bei der die Masse der Kollegen für lineare Lohnerhöhungen stimmte. Bei der Gegenprobe hoben sich nur wenige Hände. Von dem Beifall, den die D,K'P angeblich für ihre Forderung erhalten hat, war nichts zu hören. Der Betriebsrat war über das Vorgehen des kommunistischen Kollegen regelrecht geschockt und wagte nicht einmal, einzugreifen.



Klöckner-Kumpel:

Beifall für 12prozentige Lohnforderung

Bremen. UZ — Auf drei Belegschaftsversammlungen der Klöckner-Hütte Bremen wurde am Mittwoch die 12prozentige Lohnforderung des Vertrauensleutekörpers mit Beifall begrüßt. In den Diskussionen wurde deutlich, daß die 7000 Bremer Stahlarbeiter bereit sind, diese Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

Mit Inter...

Bei der Versammlung für die restlichen Kollegen am Nachmittag wollte der Betriebsrat vorbauen. Der Betriebsrat, das sind aber die modernen Revisionisten der D,K'P selbst mit Röpke an der Spitze. Der Betriebsrat brachte also einen Redner ans Pult, der eine Abstimmung über den Vertrauensleutebeschluß vorschlug. Der Betriebsrat nahm diesen Vorschlag natürlich sofort auf, das war ja auch geplant und führte eine Abstimmung durch. Die Mehrheit der Kollegen, die diesen Schwindel noch nicht durchschaut hatten, stimmte für den Beschluß der Vertrauensleute, die auch zum großen Teil der D,K'P angehören. Mit übelster, verlogener Manier haben sie sich hier das Vertrauen der Kollegen erschlichen, und das zeigt ihre Verräternatur, die sie geschickt zu tarnen versuchen. Aber die D,K'P hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Nach dieser üblen Abstimmung kam nämlich der kommunistische Kollege wieder an das Rednerpult. Er deckte diesen Schwindel auf, prangerte die modernen Revisionisten an. Die Kollegen waren empört. Dann führte er eine Abstimmung durch, wie auf der ersten Versammlung. Der Erfolg war der gleiche. Die Mehrheit für den D,K'P-Vertrauensleutebeschluß war dahin. Die D,K'P-Revisionisten und die Gewerkschaftsbonzen reagierten mit wüsten Beschimpfungen. Der Jugendvertreter M. Breidbach von der D,K'P zitierte sogar aus dem ANGRIFF, der Betriebszeitung der Partei und empörte sich darüber, daß die KPD/ML die RGO propagiert. „Das ist wohl auch die Meinung des Kollegen, der hier die Abstimmung durchgeführt hat, und damit steht er in gefährlicher Nähe vom Christlichen Metallarbeiterverband, der die Gewerkschaft von rechts spalten will.“

In der Presse liest man dann: „Klöckner fordert 12%“, und die D,K'P tut dabei auch noch so, als sei diese Forderung auf demokratische Weise entstanden. Die Wirklichkeit zeigt aber das diktatorische Vorgehen der D,K'P, die mit heuchlerischer, übler Demagogie die Arbeiter betrügt und versucht, sich ihr Vertrauen zu erschleichen. Diesen Verrat decken sie dann mit Lügen und Tatsachenverdrehungen in ihrer Presse und geben ihre Meinung als die der Kollegen aus. Dieses Beispiel zeigt, daß man sich niemals auf die D,K'P stützen kann. Die modernen Revisionisten sind die schlimmsten Feinde in der Arbeiterbewegung. Hier bei Klöckner, eine ihrer Hochburgen, haben sie eine richtige Abfuhr erteilt bekommen, und vielen Kollegen sind die Augen über diese Wölfe im Schafspelz aufgegangen.

Staat will Lohnraubabschlüsse

Lohnstopp im öffentlichen Dienst geplant

Letzte Woche kündigte Schmidt an, daß er im öffentlichen Dienst eine Lohnpause durchsetzen will. Erst peitscht die Regierung ihr sogenanntes Sparprogramm durch, mit dem sie den Werktätigen Milliarden auspressen wollen, die ohnehin schon sämtliche Lasten der Krise tragen müssen und jetzt sollen die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten auch noch durch eine „Lohnpause“ beraubt werden.

Über 520 Milliarden will der Staat auf diese Weise aus ihnen herausholen. Gleichzeitig soll mit diesem Lohnstopp die gesamte Tarifbewegung ausgerichtet werden. Die Kollegen sollen auf Lohnerhöhungen verzichten. Schmidt sagte dazu: „Die Bürger der Bundesrepublik können im nächsten Jahr nicht mit einem realen Wachstum ihrer Einkommen aus unselbständiger Arbeit rechnen. Im kommenden Jahr muß in der Regel auf Einkommenszuwächse verzichtet werden.“ Klunker tobte dagegen, er würde sich jeglicher Lohnpause widersetzen. Von der Presse wird er als der Tarifkontrahent gegen Schmidt und Maihofer aufgebaut. „Klotz Klunker“, der „dickhäutige Lohnunterhändler“, der schon Willy Brand bis zu 18% abgetrotzt habe usw. Aber das ist ein abgekartetes Spiel. Klunker soll als der „Kämpfer“ erscheinen, um die Kollegen in den Griff zu bekommen, damit in Ruhe der Lohnraub durchgesetzt werden kann. Klunker ist nichts anderes als Vetter, Loderer oder Schmidt usw. Erst jüngst versuchte er klarzumachen, daß Lohnerhöhungen nicht drin seien. „Die ÖTV sei sich klar darüber, daß der verteilungspolitische Spielraum gering sein werde, so daß sich die Gewerkschaft in erster Linie auf die Sicherung des Realeinkommens konzentrieren werde.“

Die Lohnrunde im öffentlichen Dienst wird bewußt nicht zum ersten Mal als Vorreiter für die gesamte Tarifbewegung benutzt, denn hier tritt der Staat als „Arbeitgeber“ auf. Die Bourgeoisie macht sich zunutze, daß vielen Kollegen noch nicht klar ist, daß der Staat genau die gleichen Interessen vertritt wie z. B. die Stahlkapitalisten, daß viele noch Illusionen in den Staat haben und noch nicht richtig sehen, daß der Staat ein Instrument der Kapitalistenklasse ist. Z. B. in einem Betrieb sind die Fronten klarer erkennbar, da steht den Arbeitern der Kapitalist gegenüber, im öffentlichen Dienst ist es der mächtige Staatsapparat. Um den Charakter des Staates zu verwischen, stellt die Bourgeoisie den Staat als neutral, zwischen den Klassen stehend, als Vermittler zwischen den Klassen hin.

Die Presse ist voll von Erklärungen, die den Kollegen einhämmern sollen: In dieser Tarifrunde ist nichts drin, ihr müßt an das Gesamtwohl denken. Unermüdlich appellieren auch Regierung und Gewerkschaftsapparat an das „Verantwortungsbewußtsein für die Gesamtwirtschaft“, in dessen Interesse die Kollegen auf Lohnerhöhungen verzichten sollen. Vetter sagte auf einer SPD-Personal- und Betriebsräteversammlung den Sparmaßnahmen der Regierung Unterstützung zu und sprach sich selbst für Steuererhöhungen aus. Den Kollegen soll weis gemacht werden, sie hätten doch die gleichen Interessen wie die Kapitalisten, daß endlich ein Aufschwung käme, und nur gemeinsam, wenn jeder etwas dazu beitragen würde, könne man die Krise überwinden. Erst vor kurzem wagte Schmidt sich auf die Belegschaftsversammlung des Krupp-Atlas-Elektronik-Werkes in Bremen. „Wenn alle schreien, zeigt uns das, daß die Opfer gleichmäßig verteilt sind (. . .) man darf im Augenblick die Lohnkostenbelastung nicht mutwillig steigern“, brachte er in zynischer Weise hervor. Wie die Opfer „verteilt“ sind, das spüren wir nur zu gut. Wir zahlen, wir schuften in immer größerer Hetze, wir liegen arbeitslos auf der Straße, während die Herrschaften, und dazu gehören auch die DGB-Bonzen, mit unserem Geld, das sie aus uns herauspressen, noch mehr rationalisieren, unser Elend noch mehr vergrößern und sie Millionen und Milliarden Profite machen.

Die Lohnpause, die Schmidt durchsetzen will, betrifft nicht nur die Kollegen der ÖTV, denn damit soll die Grundlage für die gesamte Tarifrunde geschaffen werden. Gegen diese Angriffe müssen sich die Kollegen zur Wehr setzen, aber sie dürfen weder der D„K“P noch den Gewerkschaftsführern vertrauen. Nur im Kampf gegen diese Feinde der Arbeiterklasse sind auch höhere Löhne zu erkämpfen.

"Berufschancen" im Kapitalismus

Nach der Prüfung die Entlassung

Bei MaK, Maschinenbau GmbH in Kiel, einem Krupp-Rüstungsbetrieb, sollen alle technischen- und Teilzeichnerlehrlinge entlassen werden, nachdem sie ihre letzte Prüfung abgeschlossen haben. Die Hoffnung, endlich auf eigenen Beinen zu stehen und einen vernünftigen Beruf zu haben, ist für sie genauso hin wie für hunderttausend andere Jugendliche. Derzeit sind bereits über 350000 Jugendliche arbeitslos und ca. 900000 Jugendliche kommen in diesem Jahr noch aus der Schule, aber nur wenige von ihnen werden eine Lehre erhalten.

Immer mehr Lehrlinge, bzw. gerade ausgelernte Arbeiter wurden entlassen. Bei BASF werden z. B. 120 Lehrlinge nach ihrer Lehre nicht eingestellt. Die Empörung über diesen üblen Entlassungsterror ist groß. Auch bei MaK haben viele Lehrlinge Unterschriftenlisten gegen die Entlassungen unterschrieben. Die Lehrlinge bei BASF haben eine Demonstration durchgeführt, Streiks in Berufschulen haben stattgefunden und weitere Kampfmaßnahmen werden folgen.

Angesichts dieser Tatsachen entpuppt sich das ganze Gerede, daß dieser Staat sich um die Zukunft der Jugendlichen sorgen würde, als Lüge und Betrug. Für die Kapitalistenklasse zählt nur eins und das ist der Profit. Genauso wie sie mit dem Stufenplan in der Berufsausbildung die Lehrlinge danach ausbilden, wieviel Facharbeiter, wieviel Hilfsarbeiter usw. sie zur Ausbeutung brauchen, werfen sie jetzt die Lehrlinge auf die Straße, während sie einen Teil von ihnen als junge Arbeiter unverschämt ausbeuten. Bei MaK fliegen die technischen Zeichner, weil sie im Moment für die Kapitalisten wenig bringen, während z. B. die kaufmännischen Lehrlinge eingestellt bleiben. Sie haben noch einen größeren Nutzen für die Kapitalisten, aber sie sind sich ihrer Arbeitsplätze auch nicht sicher und es ist eine Frage der Zeit, wann sie entlassen werden, denn MaK stellt sie nur mit befristeten Verträgen ein.

Die Entlassung der technischen Zeichner-Lehrlinge ist für MaK gleichzeitig eine günstige Gelegenheit, sich der ihnen schon lange lästig gewordenen Jugendvertreter zu entledigen. Beide Jugendvertreter, die jetzt auch mit ihrer Lehre fertig sind, haben schon ihre Entlassung erhalten. Lästig sind sie den MaK-Kapitalisten deshalb, weil sie begonnen haben, die Lehrlinge im revolutionären Kampf zusammenzuschließen. So kämpften sie für die Lehrmittelfreiheit oder im letzten Jahr gegen den Tarifbetrug von 6,5% zusammen mit den Arbeitern und Lehrlingen und führten gemeinsam mit ihnen einen Warnstreik durch usw. und von der Jugendvertreterin Sabine wissen sie, daß sie Kommunistin ist, daß sie nicht wie die D„K"P/„S"DAJ Bereitstellung von 250000 Lehrstellen fordert oder für die Arbeitslosigkeit einige böswillige Kapitalisten verantwortlich macht, sondern daß sie das ganze kapitalistische System angreift und keine Illusionen über diesen Staat erzeugt wie die D„K"P/„S"DAJ mit ihren Forderungen und Behauptungen, sondern seinen Sturz durch die Arbeiterklasse in der Revolution propagiert und ihre Kollegen dafür gewinnt, sich kompromißlos zu wehren.

Die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der Partei, unterstützt den Kampf der Lehrlinge. Vor kurzem hat die ROTE GARDE ein Interview mit der Jugendvertreterin Sabine gemacht, das wir der Betriebszeitung „Der Motor" entnommen haben und leicht gekürzt im folgenden abdrucken.

Interview mit Jugendvertreterin Sabine

Redaktion: Erst einmal herzlichen Glückwunsch zur bestandenen Prüfung für Euch 7. Am 6. 8. war die Anhörung zu Eurer Entlassung. Wie ist das ausgegangen?

Sabine: Genauso wie es im Flugblatt der ROTEN GARDE stand, das am selben Tag herausgekommen ist. – Gegen uns! Für das Gericht stand der Beschluß anscheinend von Anfang an fest. Es wurden z. B. von der Geschäftsleitung keine genauen Zahlen über Anzahl und Bedarf an technischen Zeichnern vorgelegt. Vom Gericht wurde das aber auch nicht geprüft.

Redaktion: Wie hat sich der Betriebsrat zu der Sache gestellt?

Sabine: Wie Ihr wißt hat der Betriebsrat gegen unsere Entlassung als Jugendvertreter Einspruch eingelegt. Im Bürokratendeutsch heißt das ja nicht Entlassung, sondern „Nichtübernahme ins Arbeitsverhältnis". (. . .)





Betriebszeitung der KPD/ML für die MaK

Redaktion: Es gibt doch nach dem Betriebsverfassungsgesetz § 78 a Kündigungsschutz für Jugendvertreter.

Sabine: Das hab' ich auch mal geglaubt. Vor einiger Zeit wurde ja auch von der Gewerkschaft und der SDAJ groß Reklame dafür gemacht. Das Ziel, uns Lehrlingen vorzumachen, man könnte damit was erreichen, haben sie bei mir auch für kurze Zeit erreicht. Heute weiß ich, daß dieser Kündigungsschutz nur Aushängeschild für die sogenannte Demokratie in unserem Land ist. Er besteht nämlich nur, wenn genügend Arbeitsplätze da sind und wenn der Betrieb keine „persönlichen Gründe" gegen einen Jugendvertreter hat.

Redaktion: Du bist Kommunist. Ist das Gericht irgendwie darauf eingegangen?

Sabine: Nein, im Gegenteil. (. . .) Es ist offensichtlich, daß meine Meinung und Politik mit meiner Entlassung zusammenhängen. Aber die MaK wird dies nie als Entlassungsgrund angeben. Es ist einfacher mich mit der Begründung Arbeitsmangel zu entlassen, zumal es der MaK nicht schwerfallen wird dem Gericht tatsächlich zu beweisen, daß keine Arbeitsplätze da sind.

Redaktion: Du warst jetzt 3 Jahre bei der MaK. Seit der letzten Wahl bist Du Jugendvertreterin. Wie muß man an diese Aufgabe herangehen? Was für Fehler hat Du dabei gemacht?

Sabine: Seit ich in der Lehre bin, habe ich mich bemüht, für die Interessen meiner Kollegen einzutreten. Das habe ich aber nicht immer gemacht. In der letzten Zeit habe ich mich zuwenig mit den Kollegen über ihre Forderungen auseinandergesetzt. Wir haben es deshalb nicht geschafft, den Kampf gegen die Entlassungen richtig zu führen. Es wäre notwendig, die Versammlung, die Ihr ja auch in Eurem Flugblatt gefordert habt, sofort durchzusetzen, als wir wußten, daß unsere Entlassungen geplant sind. Wir hätten auf dieser Versammlung den Kampf gegen die Entlassungen organisieren können. Zum Beispiel so, daß wir der Geschäftsleitung gemeinsam unsere Forderung: „Übernahme aller Lehrlinge ins Arbeitsverhältnis" auf den Tisch legen und solange warten bis die Antwort da ist. Dann mit den älteren Kollegen reden, mit ihnen zusammen eine Betriebsversammlung fordern . . .

Redaktion: Wieso hat der Betriebsrat das nicht gemacht, die nächste Betriebsversammlung ist doch sowieso fällig?

Sabine: Ich kann natürlich nur sagen, was ich dazu meine. Der Betriebsrat hatte meiner Meinung nach kein Interesse daran, sich für uns einzusetzen. Hinterher wird einem doch einiges klarer. Am Anfang wurde mir gegenüber gesagt: Das können die (die Geschäftsleitung) gar nicht machen. Da muß ein Grundsatzprozeß geführt werden. Ich habe dann ja auch von der IGM Rechtsschutz bekommen. Allerdings nur „aus taktischen Gründen" wie Wolfgang Hamann, Jugendsekretär der IGM, sich ausdrückte. Er weiß natürlich, daß ich Kommunist bin. Für ihn ist das ein rotes Tuch. Er betrachtet mich als Chaoten, den er aus der Gewerkschaft raussäubern muß. Das heißt also: Ich habe Rechtsschutz bekommen, weil die Herren Angst hatten, daß sonst noch mehr Staub aufgewirbelt wird und für die Kollegen klar wird, welches Ziel diese Gewerkschaft verfolgt. Es hätte dann so ausgesehen, daß die Gewerkschaft für die Entlassung ist.

Allein an meinem Fall wird klar, die Gewerkschaft unterstützt das Kapital. Sie rühmt sich solche Gesetze zu unterstützen wie das Betriebsverfassungsgesetz, lärmt von Kündigungsschutz und betreibt damit Flickschusterei am Kapitalismus. Unter den Kollegen hat sie die Aufgabe, genau das zu verschleiern und uns die Gesetze des Kapitals schmackhaft zu machen, unseren Lohn zu drücken. Jetzt wird schon wieder vom „Gürtel enger schnallen" geredet. Diese Klarheit über die Rolle des DGB's und seiner Betriebsräte ist wichtig für jeden Kollegen. Ich habe sie nicht immer gehabt und deshalb konnte ich nicht konsequent für meine Kollegen eintreten, sondern bin an einigen Stellen auf das Gleis der Betriebsräte gerutscht. Deshalb konnte z. B. die neue Pausenregelung in der Lehrwerkstatt eingeführt werden.

Die Alternative zum DGB (ich muß jeden Tag mit meinem Rausschmiß rechnen) ist für mich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Wir brauchen sie, um uns innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften fest zu organisieren. Wir dürfen uns keine Illusionen machen, daß der DGB-Apparat uns gegen Entlassungen schützt. Der Kampf gegen Entlassungen muß von uns selbst geführt werden. Er ändert nichts daran, daß der Kapitalismus besteht, aber nur so nimmt man den Kampf gegen dieses System auf – nur so werden wir es zerschlagen!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



ZEITUNG DER BETRIEBSZELLE DER KPD/ML - SCHALTWERK

Hans und Fritz stehen seit vielen Jahren in derselben Halle an ihren Maschinen. Da hat sich über fachliche Fragen hinaus so ein richtiges freundschaftliches Verhältnis entwickelt. Sie sind „dufte Kumpels" wie man so sagt. Fritz interessiert sich sehr, Hans weniger für die Politik. Der meckert nur dauernd über die Preissteigerungen und Mieterhöhungen. Außerdem hat er Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit und das ist bei seinen 55 Jahren auch kein Wunder. Die Gespräche der beiden drehen sich deshalb oft um diese Probleme. Kollegen! Die Probleme von Hans und Fritz sind auch Eure Probleme! Ihr werdet es beim Lesen merken!

Hans: Hast Du gelesen Fritz, in der Zeitung stand, daß Strom, Gas, Wasser und die BVG schon wieder teurer werden. Da kann man doch zuviel kriegen. Wo sollen wir denn das ganze Geld hernehmen? Da haben sie zuerst eine Steuerreform gemacht, die uns angeblich Vorteile bringen soll und nun schreiben sie in der B. Z. vom 9. 6. 75, daß der Schütz auf dem Landesparteitag der SPD gesagt hat: „Wegen der geringeren Steuereinnahmen durch die Steuerreform müssen die Subventionen der Berliner Eigenbetriebe gekürzt werden."

Fritz: Wenn Du auch nur das Revolverblatt liest! Schau doch mal in eine andere Zeitung.

Hans: Ach, da steht auch nichts anderes drin, das ist doch alles ein und dieselbe Bande von Zeitungsschmierern!

Fritz: Da hast Du Recht, Hans. Die wirklich wichtigen Nachrichten werden der Bevölkerung vorenthalten oder verfälscht. Sieh mal, ich habe hier einen Börsenbericht . . .

Hans: Was soll ich denn mit einem Börsenbericht? Ich bin doch kein Aktionär.

Fritz: Aber gerade daraus kannst Du sehen, wie das Volk belogen und betrogen wird. Nehmen wir mal die BEWAG-Preiserhöhung. Ich werd's Dir erklären. Du hast doch gelesen, was in der B. Z. stand. Die anderen Kollegen auch. Und jetzt denkt doch jeder, der das gelesen hat, daß so ein städtischer Eigenbetrieb praktisch nur von unseren Steuergroschen läuft und wenn durch die Steuerreform angeblich weniger Geld in die Kasse kommt, können sie nicht soviel zubuttern und wir müssen notgedrungen tiefer in die Tasche greifen, denn Strom ist ja lebenswichtig.

Hans: Genauso haben wir uns das gedacht.

Fritz: Und genau das ist falsch! Bleiben wir bei der BEWAG. Das heißt: Berliner Licht und Kraft Aktiengesellschaft. Was eine Aktiengesellschaft ist, brauche ich Dir ja nicht zu erklären. Also: die BEWAG hat ein Aktienkapital von 392 Millionen DM. Jetzt will sie noch einmal für 56 Millionen DM Aktien auflegen. Dieses Geld stammt nicht aus der Steuerkasse – sondern von Leuten, die davon zuviel haben, aber die Schnauze davon nicht voll genug kriegen können. Wenn nun so ein Typ Aktien von den Städtischen Eigenbetrieben kauft, kann er schon einmal mindestens die Hälfte davon steuerlich abschreiben. Das heißt, er bekommt das Geld von der Steuer wieder und diesmal sind's wirklich unsere Steuergroschen.

Hans: Junge, Junge, das ist ja ein Dingen!

Fritz: Das ist aber noch lange nicht alles. Jedes Jahr bekommt er noch soundsoviel % Dividende, das nennen sie **Überschuß**, merk' Dir das Wort gut! Wenn einer nun, sagen wir, für 100000 DM Aktien gekauft hat, so haben ihn diese praktisch nur die Hälfte gekostet. Wenn er nun – wie angenommen – für diese Summe jedes Jahr 10% Dividende bekommt, dann hat er in 10 Jahren **150000 DM für nichts verdient.** Keinen Finger hat er dafür krumm gemacht! Seine Hunderttausend Märker stecken aber immer noch in der BEWAG und bringen jedes Jahr weitere 10000 DM dazu.

Hans: Mensch, Fritz, das kann doch nur heißen, daß jedes Jahr soundsoviel übrig bleiben **muß**, sonst könnten die doch nicht so viel einstecken?

Fritz: Genau, und das ziehen sie uns aus der Tasche durch die Preissteigerungen, durch die Steuern und indem sie die Arbeiter ausbeuten. Aber jetzt wollen wir mal ausrechnen, was bei der BEWAG so alles im Jahr zusammenkommt.

Hans: Auwaia, Mensch, beim Rechnen hab' ich gefehlt in der Schule . . .

Fritz: Das ist nicht so schlimm, wie Du denkst, Hans. Wir schreiben die Zahlen einfach aus dem Tagesspiegel vom 12. 6. 75 ab. Da steht (drei Tage nach dem B. Z.-Artikel) der Börsenbericht der BEWAG für das Jahr 1973/74:

Grundkapital: 392000000 DM

Für diese 392 Mio. DM gab's folgende Dividende:

11% für 366 Mio, das ist ein Gewinn von 33960000 DM

5,5% für 56 Mio, das ist ein Gewinn von 3080000 DM

Also ein Gesamtgewinn von 37040000 DM

Oder in Worten:

!!SIEBENUNDDREISSIG MILLIONEN VIERZIGTAUSEND DM ÜBERSCHUSS!!

Und nun frage ich Dich, warum bei einem Überschuß von 37 Millionen die Strompreise erhöht werden müssen!?

Hans: Das ist ja irre! Und das steht alles in der Zeitung!

Fritz: Genau so. Und noch mehr, was sonst kein Mensch erfährt. Z. B. wer so alles im Aufsichtsrat der BEWAG drin sitzt.

Hans: Ist denn das so wichtig?

Fritz: Wenn ich Dir ein paar Namen sage, wirst Du's selber merken. Also, da ist erst mal der Schütz . . .

Hans: Doch nicht unser Ober . . .?

Fritz: Genau der. Und noch so ein paar, die kennst Du alle.

Hans: Da bin ich aber neugierig.

Fritz: Also, da ist noch der Heinz Klunker, der Boss von der ÖTV, und der Otto Theuner, der Ex-Bürgermeister von Berlin, und der Detlev Rohwedder, der Bonner Staatssekretär, und der Heinz Striek, ja, der Kreisel-Heini, und der Gerhard Wynand, Betriebsratsvorsitzender der BEWAG, und noch 15 andere.

Hans: Junge, das haut einen aber glatt um!

Fritz: Siehste? Nun glaube aber bloß nicht, daß die das alles umsonst machen. Weißt Du, was die in dem genannten Zeitraum dafür gekriegt haben? Genau 215251 DM. Das sind für jeden etwas über 10000 DM (Der Jahreslohn eines ungelernten Arbeiters) dafür, daß sie uns immer mehr Groschen aus der Tasche ziehen. Klasse, was? Und noch was. Alles was ich Dir hier von der BEWAG gesagt habe, gilt auch genauso für die GASAG, die BVG und alle anderen öffentlichen oder privaten Aktiengesellschaften. Erst kommt die Dividende, dann stecken sie etwas in den Betrieb, nachdem sie vorher die Steuer übers Ohr gehauen haben und der Arbeiter kriegt gerade soviel, daß er leben kann. Und wenn es nicht reicht – und es reicht nie – dann versucht man durch immer größere Arbeitshetze und durch Personaleinsparungen die Löhne zu drücken – dann tritt der Herr Betriebsrat auf den Plan und sagt: „Ja meine Herrn Kollegen, schrauben Sie gefälligst Ihre Ansprüche etwas herunter. Sie wissen ja, die angespannte Geschäftslage . . . und Sie wollen doch die Mitbestimmung, oder . . .? Und schon sitzen ein paar, oder 10 oder 100 oder gar alle auf der Straße oder „dürfen" kurzarbeiten. So, und jetzt erzähl das mal den Kollegen weiter.

Hans: Na, die werden sich freuen, wenn sie das hören! Das ist ja eine verdammt feine Gesellschaft! Und da kann man gar nichts dagegen tun?

Fritz: Klar, kann man. Aber nicht alleine! Zusammenschließen müssen wir uns, alle Arbeiter. Dann haben wir die Chance, dieses Ausbeuterpack zu verjagen. Aber das kostet Kampf. Da darf keiner zurückstehen und sagen: „Ach, gegen die kommen wir doch nicht an". Und wir dürfen uns auch nicht irremachen lassen durch das Geschrei sogenannter „Kommunisten" wie die „S"EW und die D„K"P; sonst geht es uns so wie unseren Arbeitskollegen in der DDR und den anderen Ostblockstaaten. Aber es gibt die anderen, die echten Kommunisten. Lies mal ihre Zeitung, den ROTEN MORGEN, dann weißt Du was ich meine.

Hans: Na, dann wollen wir mal die Ärmel hochkrempeln . . .

Revisionistisches

SOZIALISTISCHE DISC-JOCKEYS

In der letzten „Elan" findet sich ein Bericht über die Kulturkonferenz der FDJ in Weimar. „Kultur, ein großes Wort. Was ist das eigentlich?" – wird da gefragt. Wer allerdings meint, hier würde jetzt der reaktionäre Inhalt der bürgerlichen Kultur entlarvt und der revolutionäre Charakter der proletarischen Kultur gezeigt, der sieht sich getäuscht. Im Gegenteil. Unter den Beispielen für „sozialistische" Kulturarbeit der FDJ findet sich auch folgendes Beispiel: „Und auch der Discjockey in den Jugendclubs, der die Scheiben auflegt und moderiert ..."

HIER STEHE ICH UND KANN NICHT ANDERS

Recht auf freie Meinungsäußerung? – Gibt es zwar im Grundgesetz, aber nicht in Wirklichkeit. Freie Entfaltung der Persönlichkeit? Demonstrationsfreiheit? Freie Berufswahl? – Auch damit ist es Essig. Zu diesem Schluß kommt Theres Angeloff in der UZ vom 11.9.75. Sollte die D„K"P also doch ...? Weit gefehlt! Ein Demokrat, als welcher sich Frau Angeloff fühlt, verzagt nicht. „Und doch werde ich auch weiterhin auf dem Boden dieser Verfassung stehend um die Reste der uns verbliebenen demokratischen Freiheiten kämpfen und wie Martin Luther rufen: „Hier stehe ich und kann nicht anders. So wahr mir Gott helfe."

Wie man der Maus den Speck nur deshalb hinlegt, damit sie in die Falle tapst, so dient auch die „radikale" Kritik der D„K"P an der „Verfassungswirklichkeit" nur dazu, sich das Vertrauen der Massen zu erschleichen, um sie dem Imperialismus in die Arme zu treiben.

REVISIONISTISCHE PROPAGANDA IM GYMNASIUM FARMSEN

Zu einer Veranstaltung der Schulleitung des Gymnasiums Farmsen war vor kurzem wieder einmal ein Revisionist eingeladen worden. Es handelte sich um einen Herrn aus Gdansk in Polen. Natürlich wußte dieser Herr, der Vertreter von Gdansk im polnischen Parlament ist, das er übrigens mit Vorliebe mit dem Bundestag verglich, über die Kämpfe der Arbeiter in seiner Stadt und ihre blutige Niederwerfung durch das faschistische Regime Bescheid. Doch darüber verlor er kein Wort. Stattdessen sprach er als „Kommunist" viel über Frieden und Entspannung. Einge Kostproben, die er über die Verwirklichung des Sozialismus in Polen gab, widersprechen aber so offensichtlich allem, was man vom Sozialismus weiß, daß die meisten Schüler stutzig wurden. So berichtete der polnische „Volksvertreter" lobend, daß es heute in Polen mehr Kirchen gäbe als vor dem Krieg und sogar eine legale christliche Partei. Er versicherte mit sichtlicher Genugtuung, daß man auch in Zukunft alles für den katholischen Glauben tun werde. Er sei Kommunist, behauptete er, aber eben auch Christ und sein bester Freund sei ein orthodoxer Pope.

Genauso lieb wie die Verbreitung der Religion waren diesem Herrn aber auch andere bürgerliche Ideologien, die die Werktätigen vom Kampf abhalten sollen. Zum Beispiel die Rocker. So antwortete er auf die Frage eines Schülers, ob es in Polen Rocker gäbe: „Sicherlich, Rocker muß es überall geben."

Diese beiden Beispiele zeigen, daß Erscheinungen wie das Anwachsen der Religion und des Rockertums keine „Ausnahmen" in den revisionistischen Ländern sind. Das Auftreten dieses Herrn zeigt weiterhin, daß die Kritik, die hin und wieder an solchen Erscheinungen von den revisionistischen Politikern geübt wird, nicht ernst gemeint ist. Diese Erscheinungen sind das Ergebnis der Wiedererrichtung des Kapitalismus in diesen Ländern und werden von der herrschenden Klasse dort genauso gefördert wie bei uns auch.

Bremer Bürgerschaftswahlen

"Alle reden vom Wählen - Wir sagen: Kämpft mit Eurer Partei, der KPD/ML!"

Der Sumpf von Intrigen, Bespitzelungen, Lügen und Heucheleien, den der jüngste Bremer Senatsskandal um den Polizeipräsidenten von Bock und Polach offengelegt hat, zeigte gerade rechtzeitig vor der Bremer Bürgerschaftswahl aufs neue die Verkommenheit und Verrottetheit des Parlamentarismus. Das wird zweifellos dazu beitragen, daß die Bremer Werktätigen es besser verstehen werden, daß unsere Partei die Bürgerschaftswahlen hauptsächlich benutzen wird, um die Notwendigkeit zu propagieren, diese Schwatzbude des Kapitals durch den bewaffneten Kampf der Volksmassen auseinanderzujagen.

Die KPD/ML wird bei den Bremer Bürgerschaftswahlen nicht selber kandidieren. Die Kommunistische Partei muß konkret untersuchen, welchen Nutzen eine Kandidatur bei den bürgerlichen Parlamentswahlen bringt. **Dabei müssen wir davon ausgehen, daß es gegenwärtig unsere wichtigste Aufgabe ist, die Vorhut der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution, für den Kommunismus zu gewinnen.** Sicherlich kann unter diesem Gesichtspunkt eine Kandidatur nützlich sein, vor allem weil sie bestimmte zusätzliche legale Möglichkeiten der Propaganda eröffnet. Unsere Partei hat diese Möglichkeiten bei den Landtagswahlen in Hamburg und NRW entsprechend genutzt. Aber dieser Aspekt darf keineswegs an die erste Stelle gesetzt werden. Auf der anderen Seite erfordert die Kandidatur nämlich, daß mit den Kandidaten eine mehr oder minder große Zahl von Genossen dem Klassenfeind bekannt gemacht wird, daß eine bestimmte Zahl von Genossen der Bourgeoisie als Funktionäre benannt werden. Unsere Partei hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die GRF und der KBW dieser Tatsache offensichtlich keine, zumindest keine ausreichende Aufmerksamkeit schenken. Würde die Kommunistische Partei in diesen Fehler verfallen, wäre die Konsequenz, daß sie unfähig würde, den Kampf in der Illegalität weiterzuführen. Dieser legalistische Fehler würde praktisch den Verzicht auf die Revolution bedeuten.

Genauso hat die Kommunistische Partei die Pflicht, alles zu vermeiden, was parlamentarischen Illusionen unter den Massen Vorschub leisten könnte. So halten wir es unter diesem Gesichtspunkt gegenwärtig für falsch und gefährlich, die Kandidatur zu den bürgerlichen Wahlen mit dem allgemeinen Hinweis auf die Nützlichkeit von revolutionären Parlamentsfraktionen für den Kampf der Arbeiterklasse zu begründen. Daß kommunistische Vertreter in den bürgerlichen Parlamenten nützlich für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse sind, ist ja unbestritten. Aber was sollen diese Spekulationen, wenn an ein Überspringen der 5%-Klausel nicht zu denken ist. Sowohl die GRF als auch der KBW erwecken den Eindruck, als sei ihr Einzug in die Bremer Bürgerschaft möglich. In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Wer das den Massen verschweigt, muß sich darüber klar sein, daß damit parlamentarische Illusionen nicht bekämpft, sondern objektiv geschürt werden.

Zum anderen muß die Kommunistische Partei den Nutzen einer Kandidatur bei den bürgerlichen Wahlen im Verhältnis zu den anderen Aufgaben des Klassenkampfes sehen. Dabei sind z. B. die Tarifbewegungen im Herbst dieses Jahres, aber auch die Notwendigkeit, den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten zu verstärken, zu nennen. Gerade die Dringlichkeit des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten wird bei den Bremer Bürgerschaftswahlen deutlich, wo zwei revolutionäre Organisationen kandidieren, wo im Falle einer Kandidatur unserer Partei drei Organisationen aufgetreten wären, die den Anspruch erheben marxistisch-leninistisch zu sein. Diese Zersplitterung nutzt den modernen Revisionisten und desorientiert die Arbeiterklasse. Auf jeden Fall wäre es besser gewesen, wenn es zu einem gemeinsamen Vorgehen der revolutionären Organisationen zu den Wahlen gekommen wäre. Unsere Partei wird jetzt den Wahlkampf benutzen, um den Massen den konsequenten Kampf unserer Partei für die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen den modernen Revisionismus zu erklären und die fortschrittlichsten Kollegen für diesen Kampf zu gewinnen.

Wie wir bereits festgehalten haben, gehen wir davon aus, daß sowohl der KBW als auch die GRF revolutionäre Organisationen sind. Dennoch wäre es falsch, zwischen beiden Organisationen keinen Unterschied zu machen. Für uns ist dabei das Verhältnis dieser Organisationen zum modernen Revisionismus von entscheidender Bedeutung. Hier müssen wir feststellen, daß der KBW nach wie vor keinen wirklichen Kampf gegen den modernen Revisionismus führt, daß er ihn offensichtlich als fortschrittliche Kraft einschätzt und bei jeder Gelegenheit das Bündnis mit ihm sucht. Die Genossen des KBW sollten sich klar machen, daß der KBW damit objektiv zum Wasserträger dieser gefährlichsten Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung wird. Darüber hinaus ist es so, daß der KBW sich in der Praxis jedem Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus in den Weg stellt und damit auch dem Versuch des modernen Revisionismus Vorschub leistet, Illusionen über den Charakter des russischen Sozialimperialismus zu erzeugen und unser Land für dessen aggressive Ziele sturmreif zu machen.

Dagegen hat die GRF (KPD) in der letzten Zeit in wichtigen Fragen revolutionäre Positionen bezogen. Zwar hat sie nach wie vor das Wesen des modernen Revisionismus nicht voll erkannt, aber sie lehnt jedes Bündnis mit ihm ab und bekämpft ihn ebenfalls als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung. Sie hat die Leugnung der Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte aufgegeben und propagiert heute den Kampf gegen die beiden Supermächte, den größten internationalen Ausbeutern und Unterdrückern unserer Zeit. Dabei gehen wir davon aus, daß gewisse Schwankungen in der „Roten Fahne" bezüglich der Frage, ob man sich im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auf den US-Imperialismus stützen kann, bislang noch nicht zur vorherrschenden Linie in der GRF geworden ist. Aus diesen Gründen ist es richtig, bei den Bremer Bürgerschaftswahlen der GRF (KPD) die Stimme zu geben.

Aber weder der KBW noch die GRF sind die Kommunistische Partei, auch die GRF nicht, die sich als solche bezeichnet. Es gibt nur eine Kommunistische Partei: die KPD/ML. Aber diese Frage wird nicht mit dem Stimmzettel entschieden sondern im revolutionären Kampf. Darum beginnt das Flugblatt unserer Partei zur Bremer Bürgerschaftswahl mit dem Aufruf: **„Alle reden vom Wählen – wir sagen: Kämpft mit Eurer Partei, der KPD/ML!"**

Mordanschlag auf Albrecht R.

Fortsetzung von Seite 1

und Vergewaltigungen sind in Böblingen und Sindelfingen keine Seltenheit. Als vor einiger Zeit innerhalb von wenigen Monaten 2 US-Soldaten tot aus dem Unteren See in Böblingen geborgen wurden, hieß es, daß es nicht auszuschließen sei, daß eine Rauschgiftbande ihre Finger im Spiel hätte.

Diese Rauschgiftbanditen dürfen keinen Tag länger ihr Unwesen treiben!

Solange sie es mit einzelnen zu tun haben, sind sie „mutig". Unterstützen wir uns gegenseitig, kämpfen wir gemeinsam. lassen wir keinen Zweifel daran, daß wir ihrem Treiben nicht mehr länger zuschauen werden, dann werden diese Halunken keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen!

Seit Jahren ist bekannt, daß in Sindelfingen und Böblingen Rauschgift verkauft wird. Im Jugendhaus Sindelfingen hängt ein Schild, daß wer Rauschgift verkauft oder nimmt, rausgeworfen wird. **Was aber hat dieser Staat, was hat die Polizei bisher unternommen?** Als Albrecht wegen des Mordversuchs auf dem Polizeirevier in Böblingen Anzeige erstattete, meinte ein Polizist, seine Schilderung klinge nicht glaubwürdig! Statt die Rauschgiftbande zu bekämpfen, wies der Polizist den Jungarbeiter auf die „Gefahren einer Falschmeldung" hin!

Sind die Mordfälle am Unteren See aufgeklärt worden? Sind die Mörder gefaßt? Und wenn sie einmal einen Rauschgifthändler schnappen, dann läßt das Gericht ihn bald wieder frei, wie erst vor einigen Monaten hier geschehen. Was hat dieser Staat denn dagegen gemacht, daß in manchen Zeitungen ganz offen für Drogen Propaganda gemacht wurde! Darf man sich denn wundern, wenn mancher Jugendliche aus Neugierde es „einmal probieren" will, wenn in solchen Zeitungen das Rauschgift LSD als „Horizonterweiterung", als „glücksbringend", als gar nicht so gefährlich angepriesen wird! Was hat dieser Staat gegen die Haschpropheten unternommen? Nichts! Hat dieser kapitalistische Staat es nicht zugelassen, daß der Rauschgifthandel immer mehr um sich gegriffen hat, daß wir heute neben den Anstalten für Alkoholsüchtige auch noch solche für Drogenabhängige brauchen!

Die herrschende Klasse in diesem Staat steht selbst groß im Rauschgifthandel (warum wurden bisher nur kleine „Fische" geschnappt?). Sie schlägt so 2 Fliegen mit einer Klappe: 1. verdient sie gut dabei und 2. sieht sie natürlich lieber 50 Rauschgiftsüchtige als einen Jugendlichen, der gegen dieses verrottete System kämpft.

Die Partei und die ROTE GARDE haben das Flugblatt, dessen Text wir oben abgedruckt haben, in der letzten Woche vor der Berufsschule, vor anderen Schulen und an zentralen Plätzen in Böblingen und Sindelfingen verteilt. Sie rufen darin die Bevölkerung abschließend auf, bei der Aufklärung des Überfalls und der kommunistischen Jungarbeiter mitzuhelfen; andere Überfälle und die Namen der Rauschgifthändler zu berichten und vor allem dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen von diesem Mordversuch erfahren.

Vom Aufbau des Sozialismus

ENVER HOXHA BESUCHT KORCA UND PROGRADEC

Im August besuchte Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens zusammen mit den Genossen Pilo Peristeri, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der PAA und Nexhmije Hoxha, Mitglied des ZK der PAA sowie Funktionären der Distrikte die Städte Korca und Progradec. In beiden Städten fanden Gespräche mit den führenden Funktionären der Partei im Distrikt statt. In beiden Städten besuchte Genosse Enver Hoxha unter dem Jubel der Arbeiter Fabriken. Es fanden herzliche Gespräche zwischen den Arbeitern und den Funktionären der Partei statt. Genosse Enver Hoxha wies in seinen Ansprachen vor allem auf die Bedeutung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und auf die Bedeutung der Industrie für die Weiterführung des sozialistischen Aufbaus hin. Gleichzeitig betonte er die Wichtigkeit, des Lernens von den Massen und die weitere Förderung der proletarischen Demokratie.

In der landwirtschaftlichen Kooperative höheren Typs „Befreiung" ging Genosse Enver vor allem auf die Bedeutung der Landwirtschaft sowohl für den Aufbau des Sozialismus als auch für die Verteidigung des Vaterlandes ein. Er wies auf die Erfolge bei den Massenaktionen zur Unterstützung der Landwirtschaft hin und forderte auf, diese Aktionen weiterzuführen. Auf dem Rückweg von Pogradec nach Tirana besuchte Genosse Enver noch das Stahlwerk in Elbasan.

DAS ALBANISCHE VOLK FEIERT DEN TAG DER REVOLUTIONÄREN PRESSE

Am 25. August 1975 jährte sich der Tag zum 33. Mal, an dem auf Initiative und Anweisung des Genossen Enver Hoxha die erste Ausgabe der Zeitung Zeri i Populit, des Zentralorgans der PAA erschien. In Albanien wird dieser Jahrestag in jedem Jahr gefeiert.

ZERI i POPULLIT

ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

Unter der Überschrift: „Machtvolle Waffe der Partei, Tribüne für das revolutionäre Denken der Massen" schrieb Zeri i Populit in einem Leitartikel zu diesem Tag unter anderem, daß die albanische Presse deshalb immer vorwärts marschiert ist, weil sie von der Politik der Partei und ihrer proletarischen Ideologie geleitet wurde. Die Presse nahm aktiven Anteil am revolutionären Klassenkampf und propagiert und erfüllt die Massenlinie. Ihr grundlegendes Merkmal ist ihre hohe Parteilichkeit, ihr Bewußtsein der grundlegenden Prinzipien und ihre Wahrheitsliebe, ihre Unversöhnlichkeit gegenüber den Feinden und der reaktionären Ideologie, der Kampfgeist und die Kampfentschlossenheit.

Die Partei hat betont, daß bis heute die ideologische Klarheit das grundlegende Prinzip unserer Presse ist und daß es ihre Aufgabe ist, unermüdlich und beständig die Linie und die Direktiven der Partei zu erfüllen."

SCHULANFANG IN ALBANIEN

Am 1. September begann das neue Schuljahr in Albanien. Heute gibt es in den Achtjahrschulen zehnmal so viele Schüler wie 1970. Aber auch die Zahl der Schüler an den höheren Schulen und der Studenten an den Universitäten stieg gewaltig. Es gibt gegenwärtig in Albanien 97 mal so viel Studenten wie 1950. Weit verbreitet ist auch der Besuch von Schulen neben der Arbeit. In den höheren Schulen ist die Zahl der Schüler, die die Schule neben ihrer Arbeit besuchen, ganz so hoch wie die Zahl der „ordentlichen" Schüler und an den Hochschulen beträgt dieser Prozentsatz 57% der Gesamtzahl der Studenten.

Den Vater ermordet, den Sohn sperren sie ein

Fortsetzung von Seite 1

Frau Routhier war bei der Urteilsverkündung gegen ihren Sohn anwesend.

Wir fragten sie: Rotraud, was hast Du in diesem Moment gedacht?

Genossin Routhier: Ich habe gedacht: Meinen Mann bringen sie um, meinen Sohn sperren sie ein. Was haben sie sich für mich überlegt? Ich habe schon einmal erlebt, daß mein Sohn von der Klassenjustiz verurteilt wurde. Aber diesmal war es etwas ganz anderes. Ihr müßt Euch vorstellen, die einzigen, die überhaupt gegen meinen Sohn ausgesagt haben, die bewirkt haben, daß er verurteilt wurde, das waren die Mörder meines Mannes.

RM: Rotraud, Du hast ja in diesem Prozeß auch ausgesagt. Wie ist Deine Aussage behandelt worden?

Genossin Rotraud: Unverschämt, kann ich nur sagen. Meine Aussagen waren natürlich grundverschieden von denen der Polizeizeugen. Ich habe die Wahrheit gesagt, sie haben ausgesagt, damit mein Sohn verurteilt wird. Aber die Richterin hat dann in der Urteilsverkündung so getan, als sei an beidem was richtiges dran, hat sogar noch ausdrücklich gesagt, ich sei eine glaubwürdige Zeugin — und im gleichen Atemzug meinen Sohn hinter Gitter gebracht.



Polizeibeamte Fifer (ganz rechts) und Schabronat (zweiter von links) kurz vor dem Mord an Günter Routhier.

RM: Was glaubst Du, soll mit diesem Urteil erreicht werden?

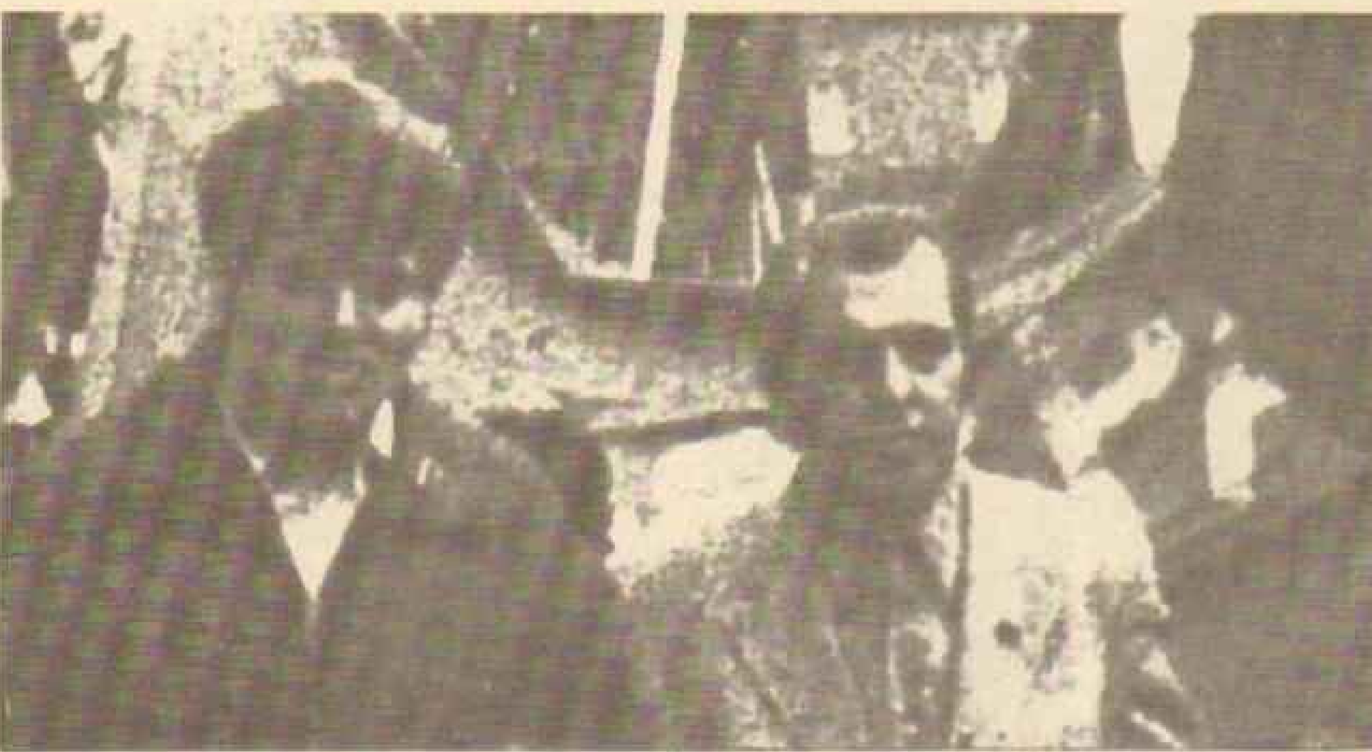
Genossin Rotraud: Sie glauben wahrscheinlich, mit der Androhung einer Gefängnisstrafe auf Bewährung können sie meinen Sohn aus dem Verkehr ziehen. Aber das ist ein Irrtum. Wenn ich meinem Sohn sagen würde, er soll jetzt mal stillhalten, würde er das nicht tun. Und ich würde ihm so etwas auch nie sagen. Denn ich finde es richtig, was er macht.

RM: Genossin Rotraud, was wirst Du weiter tun?

Genossin Rotraud: Auch mich haben diese ganzen Prozesse und auch der Prozeß gegen meinen Sohn nicht eingeschüchtert. Das Ganze hat nur erreicht, daß ich ungeheuer wütend geworden bin. Ich lasse nicht nach. Ich werde noch einmal besonders gegen Genossen Hanfried, bei dem 9 Anklagen zusammengezogen sind, will die Klassenjustiz Gefängnisstrafen verhängen.

RM: Genossin Maicke, wie antwortet die Partei auf diese Prozesse? Wie ist die Haltung der Bevölkerung dazu?

Gen. Maicke: Zum Prozeß gegen Pit Routhier hatte die ROTE GARDE zwei Flugblätter verteilt. Zum 2. Prozeßtag kamen 8 Menschen, die bisher nicht mit der Partei oder der ROTEN GARDE zu tun hatten. Sie kamen, weil sie empört waren über den Antrag des Staatsanwalts und diskutierten mit uns noch lange über das Urteil.



Pit und Günter demonstrieren in Düsseldorf zur Solidarität mit spanischen Antifaschisten.

Anzeige erstatten. Diesmal nicht gegen unbekannte Polizeibeamte wie im letzten Jahr, wo ich die Namen noch nicht hatte. Sondern jetzt gegen die Polizisten Schabronat usw. Natürlich mache ich mir keine Illusionen darüber, daß die Justiz sie tatsächlich verurteilen wird, aber sie sollen einfach sehen, daß ich mir das Ganze nicht einfach gefallen lasse.

Der Prozeß gegen Pit Routhier ist nicht der einzige, mit dem die Bourgeoisie versucht, in Duisburg bekannte Kommunisten und Zeugen des Mordanschlags im Arbeitsgericht zu treffen. Der ROTE MORGEN sprach mit Genossin Maicke Tuschen, die ebenfalls bald vor Gericht stehen wird.

Gen. Maicke: In der nächsten Zeit werden gegen vier Genossen Prozesse stattfinden, gegen Genossen Hanfried, gegen meinen Mann, gegen Genossen Bernhard Kohnke und mich. Wir sind ebenfalls Zeugen des Mordes. Die Anklagen zu diesen Prozessen sind genauso zynisch wie die Einstellungsverfügung gegen die Mörder des Genossen Günter, wo es ja hieß, der Einsatz der Polizei sei gerechtfertigt gewesen, weil Genosse Hanfried zur bewaffneten Revolution aufgerufen habe. Auch in den Prozessen gegen uns werden es Polizisten sein, die beim Einsatz im Arbeitsgericht dabei waren, die die Aussagen machen, die das Gericht braucht, um uns zu verurteilen. Was das Urteil angeht, darf man sich keine Illusionen machen. Auch gegen uns und

Zu Hanfrieds Prozeß, der am Mittwoch beginnt, hat die Partei in Duisburg ein Flugblatt und ein Plakat herausgebracht. Das Flugblatt wurde heute schon in großer Anzahl verteilt. Obwohl das ganze K 14 auf den Beinen war, konnten sie keinen Genossen festnehmen. Viele Leute haben mehrere Flugblätter genommen. Sie wollen es unter ihren Bekannten und Nachbarn weiterverteilen. Ein Mannesmann-Kollege wollte es in seiner Abteilung verteilen und auch zum Prozeß kommen. Als Popos versuchten, Plakate abzureißen, sammelte sich gleich eine große Menschenmenge an. Zwei Jugendliche waren so empört, daß sie gleich eine große Menge Flugblätter mit ins Jugendzentrum Rheinhausen nahmen.

Insgesamt kann man sagen, daß die Unterstützung durch die Bevölkerung überall, wo man hinkommt, groß ist. Denn die Menschen in Duisburg haben den Mord und den anschließenden Polizeiterror nicht vergessen. Genauso wie sie die Genossen damals gegen die Polizeiknüppel unterstützten, wollen jetzt viele mit zu den Prozessen kommen.

Außerdem hat die Partei in Duisburg wieder Verbindung aufgenommen zu den fortschrittlichen Gruppen, die damals den Mord an Genossen Günter verurteilten, wie z. B. eine Reihe von Pfarrern. Natürlich haben wir auch besonders die GRF (KPD) angesprochen und wollen mit ihnen gemeinsam den Kampf führen, um auch dem Ziel der Einheit der Marxisten-Leninisten ein Stück näher zu kommen.

RM: Wir danken Euch für das Gespräch. Die in den nächsten Wochen vor Gericht stehenden Genossen können sich auf die Solidarität der ganzen Partei verlassen.

Am 25. August 1975 verstarb unser Genosse

Emil Rode

Schon seit seiner Jugend kämpfte er als Kommunist und Antifaschist in den Reihen der KPD für die Diktatur des Proletariats. Seit 1973 unterstützte er den Kampf der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

KPD/ML **Rote Garde** — **Ortsgruppe Neumünster**

Kassel

Polizei schiesst auf Genossen

Am Montag, dem 1. September, konnte man die Kasseler Polizei im Großeinsatz erleben. Am späten Abend und bis in die Nacht hinein rasten Streifenwagen durch die Stadt, fiel auf dem Königsplatz ein Schuß aus einer Polizeipistole. Was war geschehen?

Am Abend des 1. 9. hatte der Arbeitskreis Solidarität zu einer Veranstaltung mit anschließendem Fackelzug durch die Innenstadt aufgerufen. Dieser Arbeitskreis ist eine der Tarnorganisationen der modernen Revisionisten der D„K"P in Kassel. Diese falschen Kommunisten benutzen gerade den Tag, an dem die Hitlerfaschisten vor 36 Jahren den 2. imperialistischen Weltkrieg anzettelten, um ihre Lügenpropaganda an den Mann zu bringen, um das deutsche Volk über die Gefahr eines 3. imperialistischen Weltkrieges und die Aggressivität des sowjetischen Sozialimperialismus hinwegzutäuschen.

Um dieses Betrugsmanöver zu entlarven, hatten sich vor dem Scheidemannhaus Freunde und Genossen der KPD/ML und der GRF (KPD) eingefunden.

Auf welcher Seite diese Herren von der D„K"P, die sich ja auch Kommunisten nennen, stehen und mit wem sie zusammenarbeiten, das zeigte sich dann auch sehr bald.

Bereits am Scheidemannhaus, wo sie sich unter Polizeischutz gesammelt hatten, versuchten sie, Schlägereien mit unseren Genossen anzuzetteln und die Polizei auf uns zu hetzen. Trotzdem gelang es den Freunden und Genossen der KPD/ML und der GRF (KPD) hier, eine Kundgebung abzuhalten und sich dann geordnet zurückzuziehen.

Fortsetzung auf Seite 12

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26

BREMEN

Heute kam eine neue Dienstanweisung für alle Schulleiter Bremens heraus, in der folgendes festgelegt wird:

Der Schulleiter hat die Verpflichtung, den Unterricht seiner Lehrer, besonders was die politische Seite betrifft, zu kontrollieren. Außerdem soll er die Kollegen, Eltern und Schüler über politisch verdächtige Kollegen ausfragen und dies an den Senator (bzw. Verfassungsschutz) weiterleiten. Was das bedeutet, kann man sich gut vorstellen, die Kollegen, Eltern und Schüler und die Lehrer sollen sich gegenseitig bespitzeln und den anderen aushorchen.

Bei uns herrschte heute eine gewaltige Aufregung unter den Kollegen. Ein Lehrer, den ich bisher für rückschrittlich eingeschätzt hatte, empörte sich über die Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei von Seiten des bürgerlichen Staates. Alle Kollegen waren sehr empört über dieses neue Gesetz. Eine Kollegin sagte zu mir: „Mensch, das wird ja immer schlimmer mit der Einschränkung unserer Rechte. Bald heißt es, daß wir über alles den Mund halten sollen. Du weißt ja wenigstens den Ausweg, die Revolution unter Führung der KPD/ML; ich weiß ihn noch nicht."

Es hat sich schließlich eine Gruppe von Lehrern zusammengefunden, die lebhaft über die Kriegsentwicklung und die damit verbundene Faschisierung des Staates diskutierte.

Klar ist, daß der Staat versucht, mit allen Mitteln die Faschisierung voranzutreiben, aber er hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht:

Die Eltern empören sich immer mehr über die katastrophale Lage an den Schulen (bei uns fallen 4 Fächer wegen „Lehrermangels" aus) Unsere Schüler fragen immer mehr, „Warum ist das alles so?" und erwarten, daß man ihnen die Wahrheit über unser Gesellschaftssystem sagt. Die Schüler, obwohl erst 12 Jahre alt, nehmen eigenständig an Demonstrationen teil (z. B. für ein Jugendzentrum in ihrem Stadtteil). Sie kommen mit revolutionären Flugblättern in die Schule und fragen sofort nach dem Inhalt und nach der Richtigkeit des Kampfes. Sie lehnen sich gegen reaktionäre Lehrer auf und treten für die kommunistischen Lehrer ein: „Wehe, wenn man Sie rausschmeißt, da können die was erleben, daß haben meine Eltern auch gesagt."

Drei Schüler meiner vorherigen Klasse haben sich mit mir in Verbindung gesetzt, weil sie unbedingt über die Dinge, die im Moment passieren, Bescheid wissen wollen, um darüber den anderen Schülern berichten zu können.

Ich weiß mittlerweise, daß, wenn man für die proletarische Revolution auch in der Schule eintritt, man immer siegen wird, das wird deutlich daran, daß einige meiner Schüler, obwohl sie noch so jung sind, an Demonstrationen der KPD/ML mit Einwilligung der Eltern teilnehmen, und es werden mehr werden, dessen bin ich sicher!

Rot Front! Eine Lehrerin aus Bremen

HAMBURG

Liebe Genossen,

Hiermit schreibe ich Euch einen kleinen Bericht, was ich in der letzten Woche erlebt habe. Am Donnerstag, den 21.8., ging ich mit zwei Freunden durch ein Hamburger Industriegebiet spazieren. Als wir zu unserem Wagen zurückgegangen sind und gerade eingestiegen waren, kamen zwei Autos, das eine stellte sich vor und das andere hinter unseren Wagen! Dann sprangen fünf Leute, welche Lederjacken, Jeans und lange Haare hatten, so daß man sie für „Rocker" halten könnte, mit gezogener Pistole heraus und zwangen uns zum Aussteigen. Nun mußten wir uns an den Wagen lehnen und wurden nach Waffen gefilzt! Ein Freund wurde sofort in Handschellen gelegt! Erst als sie gefragt worden sind, ob sie Polizisten sind, gaben sie sich als Zivilfahnder aus. Nun wurde unser Wagen gefilzt, denn wie wir später hörten, meinten sie, daß wir Parolen der Partei zum Roten Antikriegstag gemalt haben sollen, denn man hatte eine Sprühdose gefunden, welche wir noch ihrer Meinung weggeschmissen hatten! Dann wurden wir in die Wagen verfrachtet und zur Polizeiwache gefahren, wo unsere Personalien aufgenommen wurden, danach wurden wir einzeln verhört. Nun wurden wir zum Polizeipräsidium gefahren, wo wir erst einmal mit Handschellen an eine Bank gekettet wurden. Nach ca. 1/4 Stunde wurden wir erkennungsdienstlich behandelt! Um 1 Uhr wurden wir dann freigelassen und mußten ca. 1/2 bis 3/4 Stunde zum Auto zurückgehen!

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

KÖLN

Liebe Genossen!

Am 5. September machte die OG Köln eine Gedenkfeier, anläßlich der Ermordung zweier Kieler Matrosen, die 1917 (5. Sept.) in Porz Wahner Heide von den Nazis ermordet wurden.

Der Altgenosse, der uns auf diese Sache aufmerksam gemacht hat, hat als Antwort auf einen Artikel im Stadtanzeiger einen Bericht verfaßt, der sehr anschaulich den Kampf und die Ziele des Matrosenaufstands wiedergibt:

„Der Artikel aus dem St. Anzeiger über die beiden Matrosen Max Reischpietsch (23 Jahre) und Albin Köbis (21 Jahre) enthält Angaben, die nicht den Tatsachen entsprechen.

Die Angabe, nur schlechtes Essen und schlechte Behandlung an Bord hätten Unzufriedenheit unter den Matrosen ausgelöst, ist eine Zwecklüge. Die Kriegsunlust, die Sehnsucht nach Kriegsschluß und Frieden, der Aufstand des Gewissens der Matrosen gegen das Völkermorden in diesem allein von Deutschland entfesselten Krieg (es war ein reiner Eroberungskrieg) in Verbindung mit äußerst schlechtem Essen, sehr schlechter Behandlung, (Menschen 4. Klasse) und sehr strengen Strafen für jede Kleinigkeit waren die Ursachen der Matrosenmeuterei . . .

Mit der Verhaftung aller aktiven Matrosen, die der Schiffsführung bekannt waren (ca. 7-8 Matrosen) griff man die beiden aktivsten Matrosen und Sprecher aller Matrosen des Geschwaders Max Reischpietsch und Albin Köbis bei Nacht heraus, um an ihnen gegen die Gesamtheit aller Matrosen des Geschwaders ein Exempel zu statuieren . . .

Nachdem sie zum Tode verurteilt waren, schaffte man sie aus Gründen der Angst und um sie vor ihren Kameraden in gemeinster und heimtückischster Weise herabzuwürdigen nach Köln in das Marinegefängnis, von dem aus beide am 5. Sept. 1917 mit einem Militärkraftwagen morgens um 4 Uhr zur Wahner Heide gebracht und dort erschossen wurden . . .

Eine weitere ungeheure niederträchtige Lüge ist die Angabe (worin unaussprechlicher Zynismus steckt), die Matrosen hätten auch deshalb gemeutert, weil nach der schweren Skagerakschlacht die Flotte lange Zeit „untätig" im Hafen gelegen hätte, d. h. dann, daß die Matrosen lieber zu einer neuen Seeschlacht ausgelaufen wären, um möglichst schnell für „Gott, Kaiser und Vaterland" elendig zu verrecken, d. h. für den Imperialismus . . ."

Da der Friedhof heute gar nicht mehr existiert und sich auch auf heutigem Militärgelände der DBR-Imperialisten befände, haben wir die Feier an einem Zaun, der zum Militärgelände gehört, in der Nähe des ehemaligen Friedhofs gemacht. Die ROTE GARDE, die diese Feier organisierte, hatte eine Gedenktafel angefertigt und wir legten davor einen Strauß Blumen nieder. Eine RG-Genossin hielt eine Rede und wir hielten eine Schweigeminute mit erhobener Faust ab. Zum Schluß sangen wir das Rote Antikriegslied.

Viele Leute schauten aus den Fenstern und auf der Straße zu. Nach der Feier versammelten wir uns noch um den Altgenossen, der uns noch einmal alles genau schilderte.

Ca. 10 Minuten später kamen die ersten Polizisten. „Hört mit dem Zirkus auf und verschwindet", sagte der eine. Als wir nicht gingen, holten sie Verstärkung, zwei weitere Bullenwagen wollten uns weismachen, daß dies verboten sei und wurden sehr wütend, als sie keinen Erfolg hatten. Zahlreiche Kinder, die drum herumstanden, lachten sie aus, das machte sie noch wütender. Dann wollten sie Namen und Adressen von allen Genossen. Wir weigerten uns. Einen Genossen wollten sie verhaften, der haute aber ab. Den Polizisten, der ihm hinterhersetzte, pfiffen sie zurück. Wir gingen dann zu den Leuten hin und diskutierten mit ihnen. Dann zogen wir singend hinter der Gedenktafel noch ein Stück her und lösten uns dann auf.

Leider gelang es den Polizisten nachher noch, den abgehauenen Genossen zu schnappen und zu verprügeln, von 2 weiteren Genossen wurden noch die Personalien aufgenommen.

Alles in allem war die Gedenkfeier jedoch ein Erfolg. Sie zeigte den Porzern welche „Ehrfurcht" dieser Staat vor den gefallenen antifaschistischen Kämpfern hat. Ich möchte noch anführen, daß der Altgenosse uns erzählte, daß bis in die 50er Jahre die alte KPD hier noch Gedenkfeiern gemacht hatte, mit 800-900 Mann, die in LKWs angefahren kamen. Die KPD/ML wird diese Tradition fortsetzen.

Rot Front! OG Köln der KPD/ML und der ROTEN GARDE.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Duisburg

In Duisburg fanden am 9.9.75 vier Prozesse im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter Routhier statt. (Zum Prozeß gegen Genossen Pit Routhier siehe nebenstehenden Artikel). Insgesamt waren rund 150 Zuschauer zu den Prozessen gekommen. Prof. Sigrist und Prof. Schneider, die wegen der Unterzeichnung einer Presseerklärung zum Mord an Genossen Günter angeklagt waren, wurde von Studenten aus Münster und Frankfurt begleitet, die ihren Freispruch forderten. Im Prozeß gegen Prof. Schneider wurde ein empörter Zuschauer aus dem Saal geschleppt, Prof. Schneider selbst das Wort entzogen. Die Prozesse gegen die beiden Professoren wurden vertagt.

Genosse Tilmann aus Bremen, der am gleichen Tag einen Prozeß hatte, war wegen Widerstand gegen den Polizeiüberfall auf den Trauermarsch angeklagt. Er ist Lehrer und wurde von einer ganzen Schulklasse aus Bremen begleitet. In diesem Prozeß gelang es, den Freispruch des Genossen zu erkämpfen.

Marburg

Am 4.9. begann in Marburg ein Prozeß gegen zwei Genossen, die bei einer Auseinandersetzung gegen eine Kundgebung der NPD verhaftet worden waren. Als den beiden angeklagten Genossen im Prozeß von den Zuschauern Blumen überreicht wurden, griff der Richter kurzerhand zwei Zuschauer heraus, verwarnte sie und wies sie aus dem Saal. Einer der Angeklagten zeigte auf, daß hier Terror verübt wird. Dafür bekam er drei Tage Ordnungshaft. Als er dagegen Beschwerde einlegen wollte, wurde er von vier Polizisten brutal aus dem Saal gezerrt. Aufgrund eines Hinweises des Staatsanwalts, daß eine Zuschauerin den Verwarnten durch Kopfschütteln und Augenzwinkern Hinweise gäbe und deshalb die Rädelsführerin sein müsse, führten zwei Polizisten sie ab. Der Richter verhängte, obwohl er nichts bemerkt hatte, wie er selbst sagte, drei Tage Ordnungshaft. Das alles geschah, bevor im Gericht überhaupt über die Sache verhandelt wurde.

Am selben Tag noch wurden zu diesem Prozeß Kundgebungen in der Stadt und vor dem Betrieb gehalten. Am Abend fand eine Protestveranstaltung statt, an der rund 40 Menschen teilnahmen, 8 davon durch den Prozeß interessiert. Es wurden 50 DM gesammelt. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Hamburg

Wie bereits im Roten Morgen berichtet, wurde Genosse Wolfgang Walter aus Hamburg in Abwesenheit vom Gericht verurteilt, weil sein Name unter zahlreichen Flugblättern und Betriebszeitungen der Partei steht. Allerdings beträgt die Geldstrafe nicht, wie der Rundfunk meldete, 4500 DM, sondern 9000 DM.

PROZESS GEGEN 4 PATRIOTEN AUS DER TÜRKEI HAT BEGONNEN

Am 16. 9. begann nach erneuten verschärften „Sicherheitsvorkehrungen" der Prozeß gegen vier türkische Patrioten, die angeklagt sind, einer „kriminellen Vereinigung", der Patriotischen Einheitsfront der Türkei anzugehören. Wir werden in der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN über diesen wichtigen Prozeß genauer berichten.

Folgende Prozeßtermine wurden bisher festgesetzt:

Im September am: 16., 18., 22., 24., 26., 30., im Oktober am: 2., 6., 8., 10., 14., 16., 20., 22., 24., 28., 30., im November am: 3., 5., 7., 11., 13., 17., 21., 25., 27., im Dezember am: 1., 3., 5., 9., 11., 15., 17. und 19.

Köln

In Köln fand vor kurzem vor dem Landgericht eine Berufungsverhandlung gegen einen Genossen statt, der im April wegen „Widerstand" und „Gefangenenbefreiung" verurteilt wurde, weil er festgenommen worden war, als die modernen Revisionisten gegen das Auftreten von Genossen der Partei auf einer D„K"P-Veranstaltung die Polizei geholt hatten. Der Genosse wurde zu 1000 DM Geldstrafe verurteilt.

Bielefeld

Genosse Wolfgang Sch. aus Bielefeld erhielt einen Strafbefehl über 5000 DM, weil er ein Flugblatt verteilt haben soll, in dem Artikel aus dem Roten Morgen zum Hungerstreik und zum Mord an Genossen Holger Meins nachgedruckt worden waren. (§90a, 140).

Vor kurzem erhielten wir einen Brief des Genossen Peter Bayer, in dem es unter anderem heißt:

„In meiner Grußadresse zum Rote Garde Kongreß berichtete ich Euch, daß 243 Briefe und Karten angekommen sind. Heute, am 5.9. hat sich diese Zahl auf 340 Stück erhöht. Täglich kommen im Schnitt etwa 20 Solidaritätskarten an, ein Ende ist noch nicht abzusehen. – Genossen, dafür meinen allerherzlichsten Dank. Wenn sich meine Freude darüber auf die Körpergröße auswirken würde, könnte ich jetzt mühelos die Knastmauern überschreiten...

Was mich besonders freut, ist, daß nicht nur aktive Genossen der Partei und der RHD solidarisch sind, sondern auch andere Leute. So spendete z.B. ein Wohnungsnachbar (75 Jahre alt, früher KPD-Mitglied) 50 DM. So legen meine Freunde aus meinem Heimatdorf zusammen, um meinen Gewerkschaftsbeitrag und die Sozialversicherung zu bezahlen. Von ihnen kommen auch Briefe. Darin kommt zum Ausdruck, daß sie nicht in allem meine Gesinnung teilen, die Maßnahmen der bürgerlichen Klassenjustiz aber scharf verurteilen. Genossen, das ist ein Beispiel für aktive, rote Hilfe ..."

Genosse Peter bittet darum, wie übrigens alle anderen gefangenen Genossen, ihn ausreichend mit Briefmarken für Rückporto zu versorgen.

Wichtig: Die Adresse von Peter Bayer hat sich geändert. Wir drucken deshalb die Adressen von allen vier Genossen auf Seite 12 noch einmal ab.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Weg mit den Todesurteilen

Fortsetzung von Seite 1

Guardia Civil erschossen. FRAP und ETA haben zu neuen Kampfaktionen aufgerufen. Aber nicht nur in Spanien – weltweit ist die Front der Empörung und des Hasses gegen das Franco-Regime, der Solidarität mit den Vorkämpfern der Völker Spaniens.



Kundgebung in Westberlin. Die Faschistenfahne wird verbrannt.

Und weltweit treten die modernen Revisionisten als die Vollstreckungsgehilfen der Madrider Henker auf. Kein Wort hat die D„K"P-Zeitung UZ bislang über die drohende Ermordung der FRAP-Genossen verloren. Ihre französischen Gesinnungskumpanen veröffentlichten in ihrer Zeitung „Humanite" ein Interview mit dem Führer der spanischen Revisionisten Carrillo. Vom sicheren Exil aus sagte dieser Lakai der spanischen Reaktion und des russischen Sozialimperialismus: „Man muß sich ernsthaft fragen ... wer hinter diesen Attentaten (gemeint sind die Hinrichtungen von faschistischen Polizeischergen durch Kommandos der FRAP – RM) steckt, die politisch dem Regime nützen." Geben sie nicht ausgezeichnete Kronzeugen der Madrider Mordjustiz ab, diese Verräter an der Arbeiterklasse und am Kommunismus, die sonst so gerne in die Maske der Demokraten und Antifaschisten schlüpfen? Scheinheilig geben sie gegenwärtig vor, den Kampf für die Rettung der 2 baskischen Patrioten zu unterstützen. Aber ihre Unterstützung der Henker der FRAP-Genossen zeigt deutlich, auf welcher Seite sie stehen.

Wie die modernen Revisionisten, wie die spanischen Faschisten, versucht auch die bürgerliche Presse bei uns, die FRAP als „Terrororganisation" hinzustellen. Aber die großen Streiks und Demonstrationen, die unter der Führung der FRAP von den spanischen Werktätigen durchgeführt wurden, widerlegen diese Lügen. Die revolutionäre antifaschistische und patriotische Front Spaniens faßt heute unter der Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten die Kämpfe der spanischen Volksmassen zum Sturz des Franco-Faschismus und seiner Oberherren, der US-Imperialisten, zusammen. Diese blutige Diktatur, mit der auch die westdeutschen Imperialisten zusammenarbeiten, um sich durch die Ausplünderung der Arbeiter und Bauern Spaniens zu bereichern, wird nicht freiwillig und friedlich abtreten. Sie kann nur durch den bewaffneten Kampf, durch den Volkskrieg, gestürzt werden. Das ist der Weg, den die FRAP den Völkern Spaniens weist. Und Kommandos der FRAP führen bereits bewaffnete Aktionen durch, zu denen auch die erfolgten Hinrichtungen faschistischer Verbrecher gehören.

Dieser Vormarsch der Revolution in Spanien versetzt das Franco-Regime und seine Oberherren in Washington in Angst und Schrekken. Deshalb versuchen sie mit immer brutalerem Terror die Flammen des Freiheitskampfes der spanischen Volksmassen zu ersticken. Und ihr Hauptfeind ist die FRAP und die KPSp/ML. Wann immer den faschistischen Polizeischergen beispielsweise bei Razzien ein Antifaschist in die Hände fällt, bei dem nur der geringste Verdacht besteht, Mitglied der FRAP oder der KPSp/ML zu sein, wird er sofort beschuldigt, irgendwelche bewaffneten Aktionen begangen zu haben. Beweise werden durch die Folter ersetzt.

Die Morde an Vorkämpfern der spanischen Revolution sollen die spanischen Volksmassen einschüchtern. Die Genossen vor Gericht aber haben den Folterknechten getrotzt und ein leuchtendes Beispiel für den Heroismus der Völker Spaniens gegeben. Die Völker Spaniens sind unbesiegbar. An ihrer Seite stehen die Völker der Welt.

RETTET DAS LEBEN DER SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN!



Überall in Westdeutschland fanden und finden Protestaktionen gegen die geplanten Morde an den spanischen Antifaschisten statt. Wie hier in Westberlin beim spanischen Reisebüro Iberia gingen auch in Düsseldorf und Frankfurt bei Niederlassungen des spanischen Faschismus die Scheiben zu Bruch. In vielen Städten wurden Parolen gegen den Franco-Terror gemalt. In Köln wurden drei Genossen vor dem faschistischen Kulturzentrum mit gezogener Pistole von einer Zivilstreife der Polizei überfallen und 8 Stunden festgehalten, weil sie angeblich eine Parole malen wollten. In Westberlin sammelte die Rote Hilfe Deutschlands gleich nach Bekanntwerden der Todesurteile gegen die FRAP-Genossen innerhalb von 45 Minuten bei Straßenpassanten 30 Unterschriften unter eine Protestresolution.

Verschärfte Haftbedingungen für unseren Genossen

Sofortige Aufhebung der Isolation von Hubert Lehmann!

Kurz nach dem Roten Antikriegstag 1975 wurde die Zelle des Genossen Hubert Lehmann in der Strafanstalt Niederschönfeld durchsucht. Es wurden ca. 50 Karten beschlagnahmt, die der Genosse von Teilnehmern des Roten Antikriegstags erhalten hatte. Außerdem Gedichte und revolutionäre Sprüche, die er sich an die Wand gehängt hatte, das Emblem der Roten Hilfe Deutschlands und das Lied für die politischen Gefangenen. Wegen dieser Gedichte und Lieder wurde dem Genossen mit einer Anzeige gedroht, weil sie verboten seien.

Außerdem wurde Genosse Hubert in eine andere Zelle verlegt, allein auf einem Flur. Die Teilnahme an der Arbeit im Gefängnis wurde ihm gestrichen. Die Anstaltsleitung drohte damit, ihn nach Augsburg zu verlegen oder ständig zu verlegen!

Begründet wurden diese Maßnahmen damit, daß der Verdacht bestünde, Hubert würde im Gefängnis eine Zelle der Roten Hilfe Deutschlands aufbauen. In diesem Zusammenhang drohte der Anstaltsleiter auch, daß in Zukunft alles, wo „Rot Front" draufstünde, verboten sei. Mit „Rot Front" ist aber praktisch jeder Brief unterschrieben, den Genosse Hubert erhält.

Die Partei und die Ortsgruppe der RHD München haben sofort den Kampf gegen diese Isolation des Genossen Hubert aufgenommen. Der Anstaltsleiter Giegerich, der über die Telefonnummer 09002/2001 zu erreichen ist, wurde mit Anrufen bombardiert, in denen die Aufhebung der Isolation und die sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände gefordert wurde. Mit einem Flugblatt wurde die Öffentlichkeit informiert.

Diese Maßnahmen gegen Genossen Hubert zeigen, daß die Bourgeoisie keinen Moment zögert, die Haftbedingungen, denen sie bereits seit Jahren die RAF-Gefangenen unterwirft, auch gegen Genossen der Roten Garde, der RHD und der Partei anzuwenden. Sie zeigen, daß die Begründungen, mit denen die Bourgeoisie diese Maßnahmen zum Beispiel gegenüber den RAF-Gefangenen „rechtfertigt" („Sicherheitsrisiko") nichts als ein Vorwand sind, um die Genossen in Haft zu isolieren, vom Klassenkampf zu trennen und so in ihrer revolutionären Haltung zu brechen.

Das zeigt sich auch bei den anderen Genossen, die wegen der Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in Haft sind. Sie sind zwar nicht isoliert wie Genosse Hubert, aber auch Genosse Peter Bayer bekommt trotz hartnäckigen Kampfes weder den Roten Morgen, noch die Zeitung der RHD.

Fordern wir: Sofortige Aufhebung der Isolation von Hubert Lehmann! Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände! Aufhebung der politischen Zensur! Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstages! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

In unserer Spendenliste für den ROTEN MORGEN wurden einige Spenden aus dem Monat Juli noch nicht aufgeführt. Das holen wir hiermit nach. Im August und Juli gingen damit insgesamt 3 104 DM auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN ein.

KSB/ML, München, 29.7.1975, 80 DM – B.D., Wuppertal, 30.7.75, 20 DM – Roter-Morgen-Leserkreis Flensburg, 30.7.75, 15,50 DM – OG Friedrichshafen, 30.7.75 50 DM – J. J., Treia, 30.7.75, 100 DM – Parteibüro der KPD/ML, Hannover, 30.7.75, 72 DM – Parteibüro der KPD/ML, Hannover, 30.7.75, 45 DM – J. K., Bremen, 31.7.75. 20 DM – K. u. E. L., Kiel, 31.7.75. 100 DM – Kunden des Thälmann-Buchladen Kiel, 1.8.75, 70 DM – Kunden des Thälmann-Buchladen Kiel 1.8.75, 1030 DM – H. S., Giessen, 4.8.75, 100 DM – F. H., Leverkusen, 5.8.75, 4 DM – Albanien-Abend eines RG-Genossen, Kiel, 5.8.75, 11 DM – Roter-Morgen-Leserkreis, 5.8.75, 34,25 DM – M. Z., Heidelberg, 6.8.75, 50 DM – Parteibüro Mannheim, 6.8.75, 60 DM – Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin, 6.8.75, 140 DM – Roter-Morgen-Leserrunde, Westberlin-Neukölln, 7.8.75, 150 DM – W. J., Stuttgart, 8.8.75, 50 DM – M. H., Bremen, 18.8.75, 50 DM – Z., München, 18.8.75, 20 DM – Genossen aus Dortmund, 18.8.75, 5,44DM – J. A., Hamburg, 19.8.75, 20 DM – Genossen aus Lübeck, 20.8.75, 80 DM – Spenden beim Verkauf des Roten Morgen Frankfurt, 20.8.75, 33,65 DM – Genossen aus Dortmund, 21.8.75, 12 DM – R. G., Brackwede, 21.8.75, 50 DM – B. K., Freiburg, 25.8.75, 100 DM – K. u. C. S., Bremen, 26.8.75, 400 DM – 3 Patienten aus Hornheim, Bremen, 26.8.75, 23,50 DM – P. A. A., Bremen, 26.8.75, 8 DM – RG Wiesbaden, 28.8.75, 70 DM – Diskussionskreis Marburg vom 8.8.75, 28.8.75, 30 DM

Vor 30 Jahren. . Landreform in der VR Albanien

"Der erste Funke"

Am 29. August 1945, also vor 30 Jahren, wurde in der Volksrepublik Albanien das Gesetz zur Bodenreform beschlossen. Unter der Losung „Das Land denen, die es bebauen!" wurden die Großgrundbesitzer enteignet und das Land unter den Bauern aufgeteilt. Der folgende Bericht von Shaban Vani über das albanische Dorf Krutja, den wir der Zeitschrift „Neues Albanien" 4/1974 entnehmen, zeigt, wie sich seitdem die Landwirtschaft in der Volksrepublik Albanien stürmisch entwickelt hat. Das betrifft nicht nur die Tatsache, daß die landwirtschaftliche Produktion Albaniens heute gegenüber 1938 das Vierfache beträgt. Vielmehr haben sich die gesamten Produktions- und Lebensverhältnisse auf dem albanischen Dorf von grundauf verändert.



Beim Betrachten der Landkarte Albaniens fällt sofort die größte Ebene unseres Landes ins Auge, durchzogen von den Flüssen Seman, Shkumbini und Vjosa. Es ist die Myzeqe-Ebene. Schon in der Antike galt sie als die Kornkammer des Landes. Darum ist es kein Zufall, daß in ihrer Umgebung mehrere Städte entstanden und aufblühten, die in der Geschichte berühmt wurden. Die Myzeqe war auch das Schlachtfeld verschiedener fremder Heere, die hier eingefallen waren. Durch Naturphänomene bedingt, wurde ein Teil der Myzeqe zu Sumpfland, so daß sie ihre Blüte und ihren Ruhm verlor. Die Myzeqe war dann nur noch als das Symbol der Malaria bekannt.

Doch nach der Befreiung Albaniens im Jahr 1944, als die Staatsmacht in die Hände des Volkes überging, arbeiteten tausende Hände für die Trockenlegung dieses Sumpfes. Die Myzeqe gewann ihren verlorengegangenen Ruhm zurück und wurde wieder zur Kornkammer Albaniens. In dieser heute blühenden Ebene liegt auch das Dorf Krutja, wenige Kilometer südlich der Stadt Lushnja.

Die Vergangenheit von Krutja unterscheidet sich nicht von der Vergangenheit der anderen Dörfer dieser Gegend. Man kann sogar sagen, wer Krutja kennt, kennt die ganze Myzeqe. Vor der Befreiung war es ein armes Dorf, in dem es keine Häuser gab, sondern nur mit Stroh gedeckte Lehmhütten. Das Land, das der Sumpf nicht verschlungen hatte, gehörte dem Bey. Die Bauern mußten mit dem Anteil der Ernte leben, den ihnen der Besitzer des Landes ließ. Analphabetentum und Malaria waren in jeder Familie zu Hause.

In unserem Land lernen schon die Kinder ab der ersten Klasse über dieses Dorf. Mit Krutja beginnt nämlich die Geschichte der zweiten Revolution in den Verhältnissen unseres Dorfes: Am 11. November 1946 wurde dort die erste Landwirtschaftliche Genossenschaft in Albanien gegründet. In der Geschichte des Kampfes um den Sozialismus, war Krutja also unter den Dörfern unseres Landes bahnbrechend, denn es betrat als erstes Dorf den Weg der Kollektivierung.

26 Familien, die von einem Stück eigenen Landes geträumt und dafür gekämpft hatten, denen die Volksmacht mit der Freiheit auch die Besitzurkunden von dem mit dem Blut und Schweiß getränkten Land gab, folgten dem Ruf unserer Partei und schlossen 28 Äcker zusammen, rissen die Begrenzungen auf insgesamt 212 Hektar Land nieder und nahmen die gemeinschaftliche Arbeit auf.

Uan Shani, Pali Gjermeni und andere Veteranen aus Krutja erinnern sich noch genau an jene Zeit. Der neue Weg, den sie damals einschlugen, war nicht leicht. Es fehlte an mechanischen Mitteln, an Saatgut, Kunstdünger und vor allem fehlte es an Erfahrung. Denn die Bauern hatten bis dahin nur ein Stückchen Land bebaut, eine Kuh gehalten, doch niemals eine größere, neue Bauernwirtschaft organisiert, die weder „mein", noch „dein" war, sondern „unser".

Die 26 Familien, die den Kern der ersten Genossenschaft unseres Landes bildeten, machten nicht das ganze Dorf aus. Die anderen Bauern des Dorfes bzw. der Nachbardörfer waren neugierig, wie es in der Genossenschaft weitergehen würde. Optimistische und skeptische Ansichten prallten damals aufeinander.

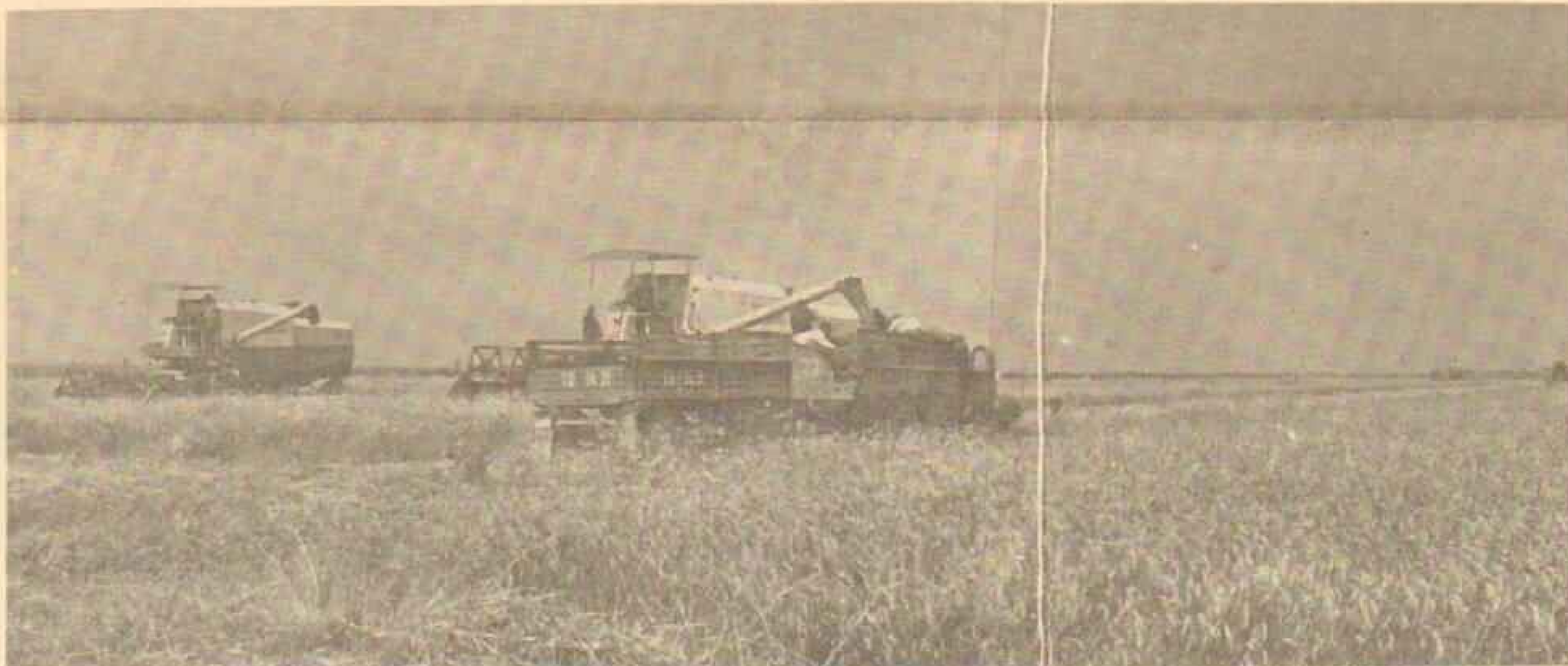
Die neuen Genossenschaftler ließen sich aber von nichts einschüchtern. Sie machten sich an die Arbeit, denn sie hatten vor allen Dingen Vertrauen in den begonnenen Weg. Und die Arbeit ging gut voran . . . Nachdem die Zäune niedergerissen waren, wurden die ersten Sümpfe trockengelegt. So konnte die Anbaufläche vergrößert werden. Gleichzeitig stiegen die Erträge. Es wurden auch neue Häuser und andere Gebäude errichtet. Der Wohlstand der Genossenschaftler wuchs ununterbrochen. Nun war die Zeit vorbei, in der sie am Hungertuch nagen mußten. Das war ein überzeugendes Vorbild für die anderen Krutianer: schließlich schloss sich das ganze Dorf zur Genossenschaft zusammen. Dem Beispiel von Krutja folgten dann auch andere Nachbardörfer und schließlich die Bauern des ganzen Landes. Der Funke, der in Krutja aufglomm, wurde so zu einer Flamme, die alle Dörfer Albaniens erleuchtete. Dies war die radikalste revolutionäre Wendung in den sozialökonomischen Verhältnissen des Dorfes. Es war die zweite Revolution nach dem Kampf um die Befreiung.

Jetzt sind fast 28 Jahre seit der Entstehung der ersten Genossenschaft vergangen. Die Einwohner von Krutja ziehen Bilanz. Im Vergleich zu den ersten Jahren des Lebens der Genossenschaft ist der Ertrag an Weizen, Mais und Baumwolle um mehr als 3,4-5mal gestiegen. So nähert sich die Genossenschaft einem hohen Standard. Die Landwirtschaft wurde intensiviert. Die Genossenschaft von Krutja ist heute eine vielzweigige Großraumwirtschaft. Wollte man ihre pflänzlichen und tierischen Produkte des vorigen Jahres auf einmal befördern, so wären dazu Tausende von Lastwagen notwendig. 1975, Ende des 5. Fünfjahrplans, werden die Erträge weiter zunehmen: Der Weizen um 30 Prozent, der Mais um 200 Prozent (im Vergleich zu 1970).

Auf einem Platz in der Nähe der Landwirtschaftlichen Mittelschule von Krutja steht ein ausgedienter Traktor: Der erste Traktor, den die Genossenschaft vom Staat im Jahr 1947 geschenkt bekam. Damals war das eine großartige Sache für das Dorf, das sich die Leute von Krutja früher nicht einmal hätten träumen lassen . . . Andon Gjermeni, der damals 17 Jahre alt war und nur zwei Klassen der Grundschule besucht hatte, war der erste Fahrer dieses Traktors und ebnete damit dem Brot den Weg . . . Damals hörte man in Krutja auch zum ersten Mal ein neues Wort: Traktorist! Andon ist heute Leiter der mechanischen Abteilung der Genossenschaft. Er hat eine Fachschule absolviert und ist ein erfahrener Leiter geworden. Wie Andon sind auch die anderen Bauern des Dorfes weitergekommen. Die Schaffung des neuen Menschen mit Schulbildung und beruflicher Qualifikation, ist der größte Erfolg der Genossenschaft. Denn alle anderen Erfolge des Betriebs kommen daher, daß seine Menschen weitergekommen sind. Wie sie selbst sagen, arbeiten sie heute „mit der Wissenschaft", „mit Bleistift und Buch in der Hand". Auch hier ist die Bildung weit verbreitet. In der Genossenschaft arbeiten heute zig Kader, die studiert oder das Abitur absolviert haben. In jeder Familie gibt es solche Kader. Mehrere Töchter und Söhne von Krutja, die ebenfalls ein Hochschulstudium absolviert haben, arbeiten auch außerhalb von Krutja. So sind zwei Söhne des Veteranen Spiro Gjermeni, Aristidh und Nasi, Diplomingenieur bzw. Diplomlandwirt. Seine Tochter Urania ist Ärztin und die zweite, Varvara ist Lehrerin in der landwirtschaftlichen Mittelschule der Genossenschaft. Der älteste Sohn von Trifon Muco, Llazar, ist Diplomat, der zweite, Jani, Diplomlandwirt, die Tochter, Vasilika, und der jüngste Sohn sind Lehrer in der Landwirtschaftlichen Mittelschule.

Bis vor kurzem stand in Krutja noch eine Lehmhütte, als Überbleibsel und Symbol aus dem Leben dieses Dorfes in der Vergangenheit. Die Hütte hielt der Zeit jedoch nicht stand. Heute stehen in Krutja neue Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Seit zwei Jahren ist Krutja Zentrum einer der 33 Landwirtschaftlichen Genossenschaften hohen Typs unseres Landes, der sieben Dörfer angehören. Alle Häuser, die es in der Genossenschaft gibt, wurden nach der Kollektivierung errichtet. Allein in der Genossenschaft gibt es heute mehr Schüler und Lehrer, als im ganzen Bezirk, zu dem Krutja gehört, vor der Befreiung. Im ganzen Bezirk gab es vor der Befreiung nur 7 medizinische Fachkräfte, heute sind es allein in Krutja 17.

. . . Vom Flugzeug aus gesehen, gleichen die 2300 sauber bestellten Hektar Land einem buntbestickten Teppich. Dutzende von Traktoren, Mähdreschern und anderen Landmaschinen stehen dort im Einsatz, um die Arbeit der Menschen zu erleichtern. Die ganze Fläche ist mit Bewässerungsanlagen versehen. Die Genossenschaft erzeugt Getreide, Gemüse, Baumwolle, Milch. Doch das wichtigste, das dort gedeiht, ist die Lebensfreude, das Glück.



„Zwangsversteigerung – der Hof unter dem Hammer". Das ist die Drohung, die im Kapitalismus immer über den kleinen und mittleren Bauern schwebt. Bauer im Kapitalismus – das heißt Beuteobjekt sein für die Monopole der Nahrungsmittel-, Futter- und Landmaschinenindustrie usw. Sie zwingen den kleinen und mittleren Bauern die Verträge auf, die diesen keine andere Wahl mehr lassen, als Haus und Hof zu verschulden. Sie treiben die Bauern in den Rachen der Finanzhaie, wie z. B. der Raiffeisenbank. Allein 1971/72 wurden den Bauern 2 Millionen DM Zinsen abgepreßt, umgerechnet auf jeden Vollerwerbsbauern 1200 DM. Während die Monopole die Preise für Futtermittel, Maschinen, Kunstdünger, usw. ständig erhöhen, drücken sie die Erzeugerpreise. So müssen immer mehr Bauern Acker für Acker verkaufen, um die drückenden Zinsen zählen zu können, um die notwendigsten Investitionen zur Weiterführung des Betriebes vornehmen zu können. Und selbst die Hoffnung, durch Fabrikarbeit den Hof wenigstens als Nebenerwerbsbetrieb halten zu können, erweist sich für eine immer größere Zahl von Bauern als trügerisch. **Die Vertreibung von Haus und Hof – das ist für Hunderttausende Bauern das bittere Resultat der Ausplünderung durch die Monopole.**

Und der Bonner Staat führt als Instrument der Monopole bei diesem größten Bauernlegen der Geschichte Regie. Der sogenannte „grüne Plan" muß immer herhalten, um zu beweisen, daß den Bauern die gebratenen Tauben in Form von Subventionen nur so zufliegen. Mit dieser Lüge sollen die Klein- und Mittelbauern zu Sündenböcken gestempelt, für die steigenden Lebensmittelpreise verantwortlich gemacht werden. Während unsere Bauern aber in Wirklichkeit um die nackte Existenz kämpfen, machen die Monopole im Hintergrund durch die doppelte Ausplünderung der Bauern und der Verbraucher Kasse. **Bonns Subventionen haben keinem Bauern den Hof gerettet. Im Gegenteil: Der Bonner Weizen grünt für die Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten, in ihre Taschen fließt der Löwenanteil der Regierungssubventionen. So wird die Konkurrenzsituation der Klein- und Mittelbauern noch mehr verschlechtert, die Regierung subventioniert ihre weitere Ruinierung.**

Seit 1949 wurden 800000 Bauern vom Hof vertrieben, allein seit 1971 mußten 82000 Bauernfamilien ihren Hof, der für sie seit Generationen Existenz und Heimat bedeutete, verlassen. Über 510000 Bauern sind gezwungen, tagsüber in der Fabrik zu arbeiten und ihren Hof nach Feierabend zu bewirtschaften. Hinzu kommen noch weitere 190000 Bauern, die versuchen, ihren Hof durch Saisonarbeit im Winter u. ä. über Wasser zu halten. **Und das Bauernlegen soll weiter gehen: offiziell plant die Bundesregierung bis 1980 die Zahl der Vollerwerbsbetriebe von 445000 auf 250000, der Nebenerwerbsbetriebe von 510000 auf 420000 zu reduzieren.**

„Die Kommunisten wollen euch die Höfe wegnehmen!" Das ist die Hauptparole, mit der die antikommunistische Propaganda der Monopolbourgeoisie versucht, die Bauern vom Kampf gegen die Ruinierung durch die Monopole und ihren Staat abzuhalten. Die kapitalistische Wirklichkeit aber gibt eine eindeutige Antwort auf die Frage, wer die Klein- und Mittelbauern tatsächlich von Haus und Hof vertreibt. Dagegen zeigt das Beispiel des albanischen Dorfes Krutja, daß der Sozialismus auch die soziale Befreiung der Bauernschaft bedeutet. **Arbeiter und Bauern haben einen gemeinsamen Feind: den Kapitalismus.**

Die Bauern unseres Landes haben eine große revolutionäre Tradition. „*Lieber tod als Sklave!*" Dieses stolze Motto hat ihre Kämpfe geprägt. Sie befreiten sich von der Fron der feudalen Leibeigenschaft und an der Seite der Arbeiterklasse werden sie sich in der sozialistischen Revolution von der kapitalistischen Sklaverei befreien.

Interview mit dem Botschafter der PLO in der VR China

"Unser Weg ist die Revolution..."

Das folgende Interview wurde im Mai für den ROTEN MORGEN mit dem Botschafter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in der Volksrepublik China, Genossen Hamad A. El-Aydi, geführt. Genosse Hamad A. El-Aydi erläutert in diesem Interview unter anderem das Ziel und den Weg der palästinensischen Revolution; er nimmt u. a. Stellung zur Frage der Errichtung eines palästinensischen Teilstaates, zu den verschiedenen „politischen Lösungen", die von den beiden Supermächten im Nahen Osten vorgeschlagen worden sind. Genosse Hamad A. El-Aydi beantwortet außerdem die Frage nach der Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes durch die VR China. Da das Interview schom im Mai geführt worden ist, sind in ihm natürlich die neuesten Entwicklungen im Nahen Osten, wie vor allem das Abkommen zwischen Ägypten und den israelischen Zionisten, das soeben unter der Oberleitung der amerikanischen Imperialisten abgeschlossen worden ist, nicht berücksichtigt. Wir möchten auch an dieser Stelle dem Botschafter der PLO in der VR China, Genossen Hamad A. El-Aydi, für seine Bereitschaft, unsere Fragen zu beantworten, herzlich danken.

RM: Um die arabischen Länder politisch, wirtschaftlich und militärisch unter seine Kontrolle zu bekommen, sie auszuplündern und zu versklaven, hat der US-Imperialismus 1948 in Palästina das zionistische Unterdrückerregime errichtet. Mit Unterstützung des US-Imperialismus haben in der Folge die israelischen Zionisten wiederholt Aggressionskriege gegen die umliegenden arabischen Länder geführt und ihnen gewaltsam große Gebiete entrissen. Für das palästinensische Volk bedeutet es blutige Unterdrükkung unter dem Zionistenregime oder Vertreibung aus seiner Heimat, von seinem in jahrhundertelanger Arbeit geschaffenen Reichtum und Besitz. Kannst Du uns bitte kurz einiges über die Lage des palästinensischen Volkes und der Unterdrückerherrschaft des Zionismus berichten?

Hamad A. El-Aydi: Ein großer Teil des palästinensischen Volkes leidet weiterhin unter der Besatzung, da die zionistischen Behörden sie als Feinde behandeln. Sie werden durch die Militärverwaltung unterdrückt und sind ständig Nachforschungen und Gefängnis ausgesetzt. Weder ein palästinensischer Wirtschaftsplan noch ein Arbeitsplan sind erlaubt. Von Zeit zu Zeit herrscht Ausgehverbot. Etwa ein Drittel aller palästinensischen Einwohner wurden ins Gefängnis geworfen ... Männer ... Frauen ... Greise ... Mehrere tausend Häuser der Palästinenser wurden zerstört, weil sie Familien von FATEH-Kämpfern gehörten. Viele werden immer noch deportiert, nachdem sie langjährige Gefängnisstrafen absitzen mußten. Sie werden aus ihrem Vaterland in andere Länder deportiert. **Doch all diese Maßnahmen haben unser Volk nicht davon abhalten können, sich der Revolution anzuschließen. Im Gegenteil, das ganze Volk schließt sich an, und täglich gibt es Zusammenstöße, Explosionen, Demonstrationen, gibt es mehr Verhaftungen, mehr Morde, mehr Deportationen — doch unser Sieg kommt näher.**

WAS WILL DIE PLO?

Die PLO, die Palästinensische Befreiungsorganisation, ist die Dachorganisation aller Widerstands- und Kampforganisationen des palästinensischen Volkes, die in ihr vereinigt sind, um den Kampf für die Befreiung des palästinensischen Volkes gemeinsam zu führen. Das revolutionäre Programm der PLO besteht darin, durch den bewaffneten Kampf als hauptsächliches Mittel, die israelischen Zionisten und ihre Oberherren, die amerikanischen Imperialisten, zu schlagen, um ein freies, demokratisches, antiimperialistisches Palästina zu errichten, in dem Moslems, Juden und Christen gleichberechtigt nebeneinander, frei von Ausbeutung und Unterdrükkung, leben können. Die PLO ist keine marxistisch-leninistische Partei und kann diese auch nicht ersetzen. Sie ist von ihrem Charakter her die gemeinsame Front aller Kräfte der palästinensischen Revolution, das heißt, sie umfaßt auch die Kräfte der nationalen Bourgeoisie und die kleinbürgerlichen revolutionären Kräfte. Die PLO ist die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Sie wird nicht nur von den Völkern der Welt und von den Volksrepubliken China und Albanien, sondern auch von einer wachsenden Zahl von Staaten der 3. Welt anerkannt und unterstützt. Dies hat nicht zuletzt die Einladung der PLO vor die Vollversammlung der UNO und die Rede des Vorsitzenden der PLO vor der Vollversammlung, Yassir Arafat, gezeigt.

RM: Das palästinensische Volk hat von Anbeginn der zionistischen Unterdrückerherrschaft den Kampf gegen sie aufgenommen, mit welchem Ziel führt es den Kampf? Die imperialistische Presse in unserem Land hetzt immer wieder gegen den Befreiungskampf Eures Volkes und behauptet, das Ziel des Kampfes des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker sei, das jüdische Volk zu vernichten. Kannst Du darauf bitte kurz eingehen?

Hamad A. El-Aydi: Es ist niemals unser Ziel, das jüdische Volk zu vernichten. Wir wollen einen demokratischen Staat, in dem Juden, Christen und Moslems friedlich miteinander leben können. Die Zionisten aber haben selbst mit Hitler paktiert. Wir verteidigen niemals Hitler. Es ist aber nur ein Vorwand, wenn der zionistische Staat sagt, die Juden würden gejagt wie bei Hitler. **Doch wir fragen diejenigen Juden, die jetzt noch aus anderen Ländern kommen, warum gehen sie nicht in ihre Heimat zurück, nach Hamburg, Warschau oder Moskau. Dort ist doch ihre Heimat. Das ist auch eine Frage an alle diese Länder, an Polen, an die Sowjetunion usw. Nehmen sie die Juden wieder auf, oder lassen sie sie mit uns in einem demokratischen Staat leben, also erkennen sie ein demokratisches Palästina an?** Damals nach dem 2. Weltkrieg hat man die Juden aus den Konzentrationslagern nicht in ihrem Land gelassen, sondern hat sie nach Palästina geschickt. Die Zionisten sagen, Palästina gehört ihnen. Damals nach dem 2. Weltkrieg haben die Briten verhandelt. Sie wollten den Zionisten erst Uganda für einen zionistischen Staat geben. Die Zionisten haben damals überlegt, aber dann gesagt, sie wollten Palästina, wo Milch und Honig fließt. Sie sagten, Palästina sei ein Land ohne Menschen. Wir lebten aber dort: Wieso war es also unbevölkert?

„TÄGLICH ENTWICKELN WIR UNSERE KAMPFTECHNIK UND ENTWICKELN UNSERE MILITÄRISCHEN AKTIONEN"

RM: Welche Rolle spielt im Befreiungskampf des palästinensischen Volkes der bewaffnete Kampf? Berichte bitte über die Entwicklung dieses Kampfes und die Hauptziele der gegenwärtigen militärischen Operationen.

Hamad A. El-Aydi: Krieg ist eine Fortführung von Politik, er selbst ist Politik. Haben wir Hindernisse auf dem Weg unserer Politik, so können wir Krieg nicht vermeiden. Heute haben wir das Recht, mit allen Mitteln zu kämpfen. Die gegenwärtigen militärischen Operationen, die unser Volk in unserem besetzten Palästina durchführt, sind nur Glieder in der Kette aller Befreiungsaktivitäten. **Täglich entwickeln wir unsere Kampftechnik und verstärken unsere militärischen Aktionen. Täglich werden wir erfahrener und entschlossener, so daß unsere Operationen zunehmen.** Diese Operationen hängen nicht von einzelnen Zufällen ab, sondern sind nach einem von uns bestimmten Plan festgelegt. Die feindlichen Aktivitäten zur Unterdrückung unseres Volkes helfen nur dabei, noch mehr Widerstand hervorzubringen.

RM: Wie ist die Haltung der PLO zur Schaffung eines palästinensischen Teilstaats? Kann er ein Schritt vorwärts zur Befreiung ganz Palästinas sein, oder dient er derzeit dazu, den palästinensischen Widerstand zu spalten?



Hamad A. El-Aydi: Diese Frage ist sehr gut. Nun, was den Teilstaat betrifft, so sagen wir nicht ja oder nein. Es ist zunächst ein Vorschlag der Sowjetunion, den aber die Vereinigten Staaten und Israel nicht angenommen haben. Nun ist klar, jeden Teil, den die Zionisten freiwillig wiederhergeben von dem, was sie uns weggenommen haben, nehmen wir gerne. **Aber damit erhalten sie kein Recht, überhaupt in Palästina zu sein.** Wir sind nicht dagegen, daß sich die Zionisten ohne Bedingungen zurückziehen. In jedem befreiten Gebiet werden wir eine nationale Autorität ausüben. Zu jedem bedingungslosen Rückzug werden wir daher nicht nein sagen. Doch tatsächlich sehen wir, daß zwei Staaten in unserem Land weiterhin Gefahr für die Zukunft bedeuten. Für die Zukunft sind wir gegen die Errichtung von 2 Staaten in Palästina, sondern halten fest an der Forderung an einem demokratischen Staat in ganz Palästina. Die einzige Lösung wird nur die Errichtung eines demokratischen Staates von allen Palästinensern sein, nachdem sie sich wieder auf palästinensischem Boden getroffen haben. Durch freie Wahlen werden sie ihre selbstbestimmende Regierung erhalten. Doch es ist richtig, diese Forderung nach einem Teilstaat ist auch gefährlich. Es entstehen dadurch Schwierigkeiten in den Verhandlungen. Sollte es möglich sein, so ist es für das palästinensische Volk ein Fortschritt, wenn es auf einem eigenen Stück Land leben kann. Aber es ist keine Lösung. Nun zu dem, ob der palästinensische Widerstand dadurch gespalten werden kann. **Unser Weg ist die Revolution, und die Einheit ist ein Teil unserer Bewegung.** Wenn Gefahr ist, dann halten wir alle zusammen, läßt die Gefahr nach, so gibt es Diskussionen in der PLO – über die Rolle der Delegationen im Ausland und anderes. Doch jetzt, die Sache mit Libanon, wo das Militär die Macht übernehmen wollte. Das entsprach unserer Analyse, wir haben es erwartet gehabt. Aber wir haben keine Angst vor den künftigen Kämpfen. 3 1/2 Millionen Palästinenser haben viel gelitten – auch früher schon durch innere Kämpfe. Wie z. B. damals unter britischem Mandat. Die britischen Besatzer verbreiteten damals in den Dörfern, Revolutionäre hätten Männer und Söhne ermordet. Dabei hatten es die Briten selbst getan, weil es bei uns Blutrache gab, haben dann die Dörfer die Revolutionäre bekämpft. Doch dann haben sie erkannt, daß alles nur von den britischen Kolonialisten in die Welt gesetzt worden war. Heute ist es so, daß, wenn die Zionisten angreifen, dieselben Punkte, um die wir gerade noch gestritten haben, im Anblick der Gefahr von außen keine Streitpunkte mehr sind. Wir wissen, wir sind wie Perlen auf einer Kette, wenn die Kette durchschnitten wird, fallen alle Perlen herunter. Wir müssen unsere Kräfte geschlossen halten.

RM: Wie verbindet sich der Kampf des palästinensischen Volkes und der Kampf der anderen arabischen Völker zur Befreiung der von den Zionisten besetzten arabischen Gebiete, wie siehst Du das Verhältnis von Palästinensischer Revolution und gesamtarabischer Revolution?

Hamad A. El-Aydi: Die Palästinafrage ist das Hauptproblem für alle arabischen Länder. Kissinger hatte versucht, uns auseinanderzudividieren, wollte mit allen Ländern einzeln verhandeln. Doch solange die Palästinenser nicht bei den Verhandlungen dabei waren, gab es keine weiteren Verhandlungen mit Kissinger – denn das machten die arabischen Länder nicht mit, und so scheiterte Kissinger bei seiner Aufgabe. Wir müssen die Einheit der arabischen Länder festigen, denn seht z. B. Saudi-Arabien. Die US-Imperialisten wollen das saudi-arabische Öl. Wir aber müssen Saudi-Arabien auf unserer Seite behalten und das Öl als Waffe in unserer Hand halten. Die palästinensische Revolution ist die Einheit der arabischen Völker.

RM: Wie bekämpft die PLO Versuche feindlicher Agenten, in den Reihen der Befreiungsbewegung Spaltung zu stiften, besonders solche, die versuchen, dem palästinensischen Widerstand eine „politische Lösung auf friedlichem Weg" aufzuzwingen und ihn mit den israelischen Zionisten auszusöhnen?

Hamad A. El-Aydi: Nun, dagegen werden wir alles tun. Wenn wir z. B. den Teilstaat haben – wir glauben zwar nicht daran, daß die Zionisten sich freiwillig zurückziehen, aber wenn sie es tun, aus irgendeiner Taktik heraus – werden wir natürlich unser Land nehmen und um so stärker zurückschlagen. Wir werden um so stärker kämpfen und, wie ich schon sagte, bei Gefahr stehen wir alle zusammen.**

RM: Wie ist die Haltung der PLO gegenüber den derzeitigen Versuchen der Imperialisten, den palästinensischen Widerstand durch eine sogenannte Lösung „der kleinen Schritte" oder die Genfer Konferenz zu ersticken?

Hamad A. El-Aydi: Zunächst zum Konzept der kleinen Schritte. Das war Amerikas Mißerfolg. **Im Kampf der Supermächte scheiterte Kissinger damit, daher wollen die USA auch die Sowjetunion mit ihrem Vorschlag scheitern lassen.** Die kleinen Schritte sind Kissingers Vorschlag. Genf ist der Vorschlag von Moskau. Doch wir meinen auch Moskau ist nicht in Eile wegen Genf. Wir sagen, wenn Genf ein Platz ist, wo wir unsere Gründe darstellen können, kommen wir – aber wir werden niemals anerkennen, daß die Zionisten ein Recht in unserem Land hätten. Wenn sie uns ein Stück Land zurückgeben wollen, nun, das sagte ich schon, dann sind sie willkommen, doch zu etwas anderem sagen wir nicht ja. Doch wir erhoffen uns von Genf weder das noch andere gute Resultate. Aber wir können in Genf das Gesicht der Imperialisten enthüllen und der Welt das Komplott von Imperialismus und Zionismus zeigen. Was für eine Einladung wir zu Genf haben, welche Basis diese Einladung hat – davon hängt ab, ob wir hingehen. **Eins werden wir aber bestimmt nicht tun: hingehen und unsere Kapitulation unterschreiben, unsere Kapitulation werden wir niemals unterzeichnen! Wir kämpfen weiter für den demokratischen palästinensischen Staat.** Ist die Einladung zu Genf wie zur UNO-Vollversammlung, wo wir unseren Standpunkt vorbringen konnten, so gehen wir hin. Das ist eine Frage, ob wir anerkannt werden. **Und allem, was da an Lösungen aufgetischt wird, sagen wir „Stop!" Es gibt keine andere Alternative für eine Konferenz als die eines palästinensischen Staates. Und in dieser Zeit werden wir sehr aktiv kämpfen.**

„DIEJENIGEN, DIE CHINA ANKLAGEN, SIND PROZIONISTISCH."

RM: Welche Bedeutung hat die Unterstützung der palästinensischen Revolution durch die sozialistischen Länder, vor allem die VR China und die VR Albanien?

Hamad A. El-Aydi: Wenn es um die Beziehungen und die Unterstützung geht, so haben wir China und Albanien auf der einen Seite und z. B. die Sowjetunion auf der anderen. China und Albanien haben keine taktische, sondern eine prinzipielle Haltung zu uns. Zu China und Albanien haben wir daher strategische Beziehungen.

Andere Freunde, z. B. die Sowjetunion sind mit uns auf einer Teilstrecke zum Ziel. Mit ihnen fördern wir die Freundschaft und versuchen, sie auf unserer Seite zu behalten. Sie unterstützen uns z. B. von den Zionisten ein Stück von Palästina zurückzugewinnen. Sie erkennen die PLO als Vertreter Palästinas an. Manche meinen allerdings, durch unsere Freundschaft hätten sie Vorteile. Wir brauchen aber richtige Freunde, obwohl wir wissen, daß manche Leute zu den Ölquellen durch ein palästinensisches Tor gehen wollen.

Zum chinesischen Volk und seiner Regierung haben wir ausgezeichnete Beziehungen. China nimmt eine prinzipienhafte Position

Fortsetzung auf Seite 11

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

"Unser Weg ist die Revolution..."

Fortsetzung von Seite 10

ein, keine taktische. Wir haben jetzt 10 Jahre Beziehungen mit China. Nach Algerien wurde hier das zweite Büro der PLO errichtet. Mit China gibt es keine langen Verhandlungen, sie akzeptieren uns ganz, da braucht man die Augen nicht aufzuhalten. China will kein imperialistischer Staat werden, es hat keine Großmachtambitionen. Es gibt der PLO eine prinzipielle Unterstützung, und das ist ein Faktum, kein Traum. Es ist Unterstützung ohne Zurückhaltung.

RM: Was ist von der Behauptung zu halten, die VR China arbeite dem Zionismus dadurch in die Hände, daß sie z. B. gewisse UNO-Resolutionen ablehnt, die jedoch unter dem Druck der beiden Supermächte zustandegekommen sind und die Palästinafrage als Flüchtlingsfrage behandeln und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung leugnen?

Hamad A. El-Aydi: Nun, es behandeln alle 242 UN-Resolutionen das Problem Palästinas als Flüchtlingsfrage. Wir nicht. Resolution Nr. 3236 erkennt zum ersten Mal unser Recht in Palästina an.

Für China gilt, daß es sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. China ist nicht gegen Verhandlungen, aber es fragt, was für welche es sind. Es sagt uns: **Alle Verhandlungen können euren Kampf nicht beenden, behaltet die Waffe in der Hand, wenn ihr verhandelt, verstärkt euren Kampf. Diejenigen, die China anklagen, sind prozionistisch, sie wollen die Zionisten beschützen.**

DIE ZIONISTEN, DIE IN MÜNCHEN HINGERICHTET WURDEN, WAREN KEINE LEUTE DES VOLKES, SONDERN OFFIZIERE DER ZIONISTISCHEN ARMEE.

RM: Welche Rolle spielt die Erziehung der Kämpfer und des palästinensischen Volkes für die Entwicklung des Kampfes?

Hamad A. El-Aydi: Die Erziehung ist dafür da, daß man leben lernt. Meist müssen die Palästinenser nach dem Plan der Länder, in denen sie leben, lernen — in Lybien, Syrien, Jordanien, Kuweit, Saudi-Arabien, Ägypten, und viele leben eben unter zionistischer Besatzung.

Unsere politische Erziehung: Wissen über die nationale Bewegung und die Geschichte unseres Volkes. Das ist nicht nur die palästinensische, sondern auch die gesamtarabische Geschichte. Wichtig dabei ist das Ziel unseres Kampfes als Palästinenser, die Geschichte des Volkes Palästinas und seine Herkunft, besonders die Kämpfe seit 1921 gegen das britische Mandat und gegen die Zionisten. Zum anderen studieren wir die revolutionären Erfahrungen der Welt. So lernen wir von Kuba, wie man Basen auf den Bergen errichtet, von anderen Ländern und besonders von China. Seit 1967 kommen Delegationen nach China, um von den Erfahrungen des chinesischen Volkes im Kampf gegen die Japaner und die Kuomintang zu lernen. Auch in Vietnam konnten unsere Delegationen sehr viel lernen. Aber wir müssen auch genau sehen, was davon bei uns angewendet werden kann und was nicht. Natürlich auch organisatorische Erfahrungen und die Weiterentwicklung von Waffen erhalten wir dadurch. In der Etappe der nationalen Befreiung können wir vieles von diesen Ländern lernen, müssen von ihren guten Erfahrungen und aus ihren Fehlern lernen. So gibt es bei uns jetzt politische Kommissare auf allen Ebenen, sie erziehen die Kämpfer und lernen gleichzeitig von ihnen. Die Kämpfer haben viele Erfahrungen, aber sie haben Schwierigkeiten, diese Erfahrungen auszuwerten. Dabei hilft ihnen der politische Kommissar. Besonders diese fahren auch nach China, Vietnam, Albanien, um dort ihre Erfahrungen zu bereichern. Bei all dem müssen wir aber immer genau darauf achten, was für unseren Kampf wirklich anwendbar ist.

Ich möchte hier auch noch etwas zur Frage des Terrors sagen. Es war ein Weg, den oft junge Leute gingen, die an die Türen der Welt klopfen wollten. Damals schien die Welt blind für unser Problem zu sein. Jetzt ist dies beendet. Doch man muß auch vor allen Dingen berichten, wo die Zionisten überall unsere Kämpfer heimtückisch ermordeten. **Denn sie haben den Terror begonnen. Sie ermordeten unsere Repräsentanten Wa'il Zu'aiter (Italien), Mah' d Hamshari (Paris), Abu Kheir (Zypern) u. a. Und sie begannen ihren Terror schon 1948, als sie die Frauen und Kinder von Deir Yassin in der Nähe Jerusalems ermordeten.**

Und zum Beispiel München. Die Delegation zur Olympiade hätte eine Delegation des palästinensischen Volkes, nicht aber der Zionisten sein sollen. Die Einladung hätte nicht an die Zionisten gehen dürfen. Das als erstes. Wir respektieren Euer Volk und wir wissen, es ist für Euch eine kritische Situation, uns bei diesem Vorfall als Freunde zu verteidigen. Deshalb müssen wir klar feststellen: **Die Zionisten, die in München hingerichtet wurden, waren keine Sportler, keine Leute des Volkes, sondern allesamt Offiziere der zionistischen Armee.** Wir wußten das. Doch ihr habt eine blinde Regierung, sie steht unter zionistischem Druck. Palästinenser sollten freigelassen werden. Zuerst sagte eure Regierung „Ja". Dayan aber sagte Nein! Er gibt also der westdeutschen Regierung Befehle, was zu tun ist. Das hat die Sache am meisten geschädigt, das hat erst das größte Unheil gebracht. Eure Regierung sollte sich nicht einfach von den Zionisten bestimmen lassen. Sie selbst hat ja gar nicht entschieden in ihrem eigenen Land, alles bestimmten die Zionisten! Die Flugzeugentführungen, um Kämpfer freizubekommen, waren gerechtfertigt. Die Regierungen wissen es auch, es gab keinen anderen Weg. Heute ist es anders. Heute ist die Welt auf uns aufmerksam geworden. Heute machen wir solche Aktionen nicht mehr.

RM: Genosse Hamad, der ROTE MORGEN bedankt sich herzlich für Deine Ausführungen, und als letzte Frage möchten wir gerne wissen, was die beste Unterstützung für das palästinensische Volk ist.

Hamad A. El-Aydi: Nun, an erster Stelle verlassen wir uns auf unser eigenes Volk und werden den Befreiungskampf weiterführen. Dazu erhalten wir moralische und materielle Unterstützung von Freunden. Die Unterstützung, die wir am meisten brauchen, ist die Unterstützung mit Waffen und die politische Unterstützung. Ihr solltet bei Euch in Westdeutschland und Westberlin auch eine Bewegung gegen die Bezahlung der israelischen Zionisten führen. Es ist doch eine Scham, daß die westdeutsche Regierung die israelischen Zionisten unterstützt, die DDR z. B. zahlt nicht. Wir wissen, ihr kämpft, kämpft auch dagegen, daß Bonn vom Schweiß Eurer Arbeiter die Zionisten bezahlt. Und die wichtige Unterstützung, die ihr uns geben könnt, ist, daß ihr die Gedanken der Leute ändert, die immer noch von der zionistischen Propaganda gefangen sind.

RM: Wir danken Dir für das Gespräch und wünschen der PLO und dem palästinensischen Volk in Eurem weiteren Befreiungskampf große Erfolge. Auch wir werden unsere Kräfte dafür einsetzen, daß die gerechte Sache des palästinensischen Volkes wie aller arabischen Völker unbedingt den Sieg davontragen wird.

(Alle Hervorhebungen und Zwischenüberschriften von uns — RM.)

Abkommen zwischen Ägypten und den israelischen Zionisten

Das palästinensische Volk gibt die Antwort auf dem Schlachtfeld

Das Abkommen zwischen Ägypten und den israelischen Zionisten, das durch die Einmischung der amerikanischen Imperialisten und unter ihrer Leitung abgeschlossen worden ist, hat in der ganzen arabischen Welt Empörung und Unmut ausgelöst.

In Syrien und im Libanon haben sich nach Bekanntwerden des Abschlusses Tausende von Menschen, darunter viele Angehörige des palästinensischen Volkes versammelt, um in Demonstrationen ihre Entschlossenheit zu bekräftigen, den Kampf bis zur vollständigen Vernichtung der israelischen Zionisten, bis zur vollständigen Befreiung Palästinas weiterzuführen.

Unser Bild zeigt eine Demonstration von Palästinensern in Beirut, die ihre Entschlossenheit zum Kampf mit der Waffe in der Hand bekunden.



Waffe in der Hand zurückzuerobern, hat er einem „Gewaltverzicht" zugestimmt, der, wie Israels Stabschef Gur offen erklärt hat, nur der israelischen Armee nützt, weil er den Zwischenraum zwischen den Gegnern vergrößere und die israelische Armee erwiesenermaßen stärker sei, wenn sie in die Offensive gehen kann. Der ägyptische Präsident Sadat hat es den amerikanischen Imperialisten außerdem erlaubt, als „Beobachter" getarnte Spione (Spezialisten des CIA mit Erfahrung in Vietnam übrigens) auf der Sinaihalbinsel zu stationieren, sich dort als Schiedsrichter aufzuspielen und sich in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder einzumischen.

Kissingers Plan der „kleinen Schritte" scheint Erfolg gehabt zu haben. Sein Ziel ist klar: Einführung eines Status Quo an allen Kampfesfronten mit Israel — nicht zufällig sind jetzt die Zeitungen voll von Berichten über angestrebte Verhandlungen mit Syrien über die Golanhöhen — der Versuch, die palästinensische Widerstandsbewegung zu isolieren und ihr jegliche arabische Hilfe und Unterstützung zu entziehen.

Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat das Abkommen bereits verurteilt. Ihr Vorsitzender Arafat nannte es ein imperialistisches Komplott, um die Rechte der Palästinenser zu liquidieren, und rief die arabischen Völker und Staaten dazu auf, das Abkommen nicht zu beachten. Der Leiter des politischen Büros der PLO, Faruk Khadum, veröffentlichte eine Presseerklärung, in der es heißt: „Alle Initiativen, durch die der US-Imperialismus Frieden in Mittelost zu schließen versucht, sind Manöver, um die Besetzung arabischen Landes durch Israel zu konsolidieren."

Klar hat auch die syrische Regierung das Abkommen zurückgewiesen, und andere arabische Staaten haben ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht.

Und in der Tat ist dieses Abkommen direkt gegen die Interessen der arabischen Völker und vor allem des palästinensischen Volkes gerichtet. Der ägyptische Präsident Sadat hat dem Druck der US-Imperialisten nicht standgehalten. Anstatt das Recht der arabischen Völker zu bekräftigen, ihr von den israelischen Zionisten besetztes Land mit der

Was wollen die amerikanischen Imperialisten damit erreichen? Sie wollen die palästinensische Widerstandsbewegung vor die Alternative stellen, sich entweder durch die militärischen Mittel Israels liquidieren zu lassen — und gerade jetzt greifen die israelischen Zionisten fast jeden Tag die Lager und Stellungen der Palästinenser im Libanon an — oder sie zu zwingen, entweder dem Plan einer jordanisch-palästinensischen Föderation bzw. einem palästinensischen Teilstaat unter Anerkennung des Existenzrechts Israels zuzustimmen. Das sind die teuflischen Pläne der amerikanischen Imperialisten, um die palästinensische Revolution zu ersticken und ihren Einfluß im Nahen Osten, ihre Kontrolle und Einmischung zu verstärken.

In dieser Situation sind auch die russischen Sozialimperialisten auf den Plan getreten und haben ihrerseits das Abkommen verurteilt. Aber diese Verurteilungen sind durch und durch heuchlerisch, darauf berechnet, sich den arabischen Völkern als Freund und Helfer gegenüber dem US-Imperialismus zu präsentieren. Der ägyptische Außenminister Fahmi hat vor der Presse erklärt, daß die Sowjetunion immer über den Stand der Verhandlungen informiert worden ist und niemals prinzipielle Einwände erhoben hat. **Dieses Abkommen ist also auch mit der Billigung der russischen Sozialimperialisten geschlossen worden.** Die jetzige Propaganda der russischen Sozialimperialisten ist ebenfalls auf Spaltung berechnet und darauf, ihren Plan der Genfer Konferenz unter ihrer Beteiligung wieder unter die Leute zu bringen.

Das palästinensische Volk aber hat den beiden Supermächten, es hat den israelischen Zionisten und der arabischen Reaktion die Antwort auf dem Schlachtfeld erteilt. Es hat den bewaffneten Kampf verstärkt und ist entschlossen, ihn bis zu Ende zu führen. Durch die Generalunion der Palästinensischen Arbeiter, GUPA, hat die Arbeiterklasse Palästinas schon Mitte August erklärt: **„Die palästinensischen Arbeiter versprechen, daß sie niemals die Straße des bewaffneten Kampfes verlassen werden und die Einheit des palästinensischen Volkes verteidigen werden."**

SPENDET
FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

"Blumen für Stukenbrock"

Brutaler Überfall auf die Revolutionäre

In Stukenbrock erinnern die Gräber von über 65 000 – meist Kämpfer der sowjetischen Roten Armee – an die Opfer, die die Völker der Welt und das deutsche Volk im Kampf gegen den Hitlerfaschismus bringen mußten. „Die Toten der großen Idee gestorben, werden Millionen heilig sein" heißt es in einem Arbeiterlied. Den Millionen ja. Aber den D„K"P-Revisionisten nicht. Sie scheuten sich nicht, auf den Gräbern dieser Toten gemeinsam mit der Polizei Menschen blutig zu schlagen und zu hetzen, die nichts anderes wollten, als das Andenken dieser Märtyrer hoch zu halten und ihr Werk fortzusetzen im Kampf gegen die beiden größten Kriegstreiber heute: den amerikanischen Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus.

Die modernen Revisionisten haben einen Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock" gegründet und versuchen jedes Jahr, sich als die konsequentesten Verfechter der Sache der 65 000 Opfer von Stukenbrock aufzuspielen. Aber schon wenn man sich ansieht, wer diese Blumen niederlegt, sieht man, daß sie in Wirklichkeit keine Ehrbezeugung, sondern eine Beleidigung für die antifaschistischen Kämpfer sind. In diesem Jahr gehörten zur Prominenz Vertreter des russischen Sozialimperialismus, der gleichen Supermacht, die einen Teil unseres Vaterlandes besetzt hält, die verantwortlich ist für die Morde an der Mauer, die 1968 das tschechoslowakische Volk überfiel und besetzte. Stolz war der Arbeitskreis auch darauf, daß die Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann anwesend war, eine Frau also, die für die Herrschaft der Klasse Reklame macht, die die Schuld trägt an dem Terror des Hitlerfaschismus, der deutschen Kapitalistenklasse.

Und es sollte sich auch in diesem Jahr in Stukenbrock zeigen, daß die D„K"P-Revisionisten zwar Zeter und Mordio schreien, wenn die KPD/ML die gewaltsame Revolution zur Besiegung des Imperialismus propagiert, daß sie aber Gewaltanwendung dann richtig finden und auch ausüben, wenn sie nicht die Kapitalisten trifft, sondern Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen.

Eine Genossin aus Bielefeld berichtet:

Zusammen mit Genossen der GRF (KPD) und der Liga wollten wir auf dem Gelände des Friedhofes eine Kundgebung abhalten. Einzelne Genossen wurden von den D„K"P-Ordnern schon am Eingang festgehalten und mit den Worten beschimpft „Haut ab, ihr Chaoten" usw. Trotzdem kamen ca. 80 Genossen auf den Platz. Kurz vor Beginn der Kundgebung der Revisionisten begann eine Genossin der GRF, eine Rede zu halten. Doch schon nach wenigen Sätzen stürzten sich Schläger der D„K"P auf uns und begannen loszuprügeln. Sie schlugen mit den Fackeln der Ordner auf uns ein. Mit Hilfe der Polizei, die schon bereitstand, schlugen sie mehrere Genossen so brutal zusammen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Bei 3 Genossen wurden die Personalien festgestellt. Sie trieben uns – da sie in der Überzahl waren, vom Platz und verfolgten uns mit einzelnen Schlägertrupps bis an die Straße. Daß es sich bei den modernen Revisionisten der D„K"P tatsächlich um Faschisten handelt, zeigt sich auch daran, wie sie mit ihren eigenen Leuten umgehen. Ich traf einen „S"DAJler, der mit mir darüber diskutieren wollte, weshalb wir jedes Jahr wieder auftreten. Als dies eine Funktionärin sah, kam sie herbeigerannt und verbot ihm, sich mit mir zu unterhalten, weil er Ordner sei und mich vom Platz werfen sollte. Da nahm er seine Ordner-Binde ab, steckte sie in die Tasche und erklärte, er wäre kein Ordner mehr. Darauf packte die Frau ihn und zerrte ihn gewaltsam weg.

Als wir uns wieder gesammelt hatten, machten wir eine Demonstration durch die umliegenden Straßen, um die Bevölkerung aufmerksam zu machen. Als die Revisionisten ihre Kundgebung beendet hatten, stellten wir uns im Block entlang der Straße auf, hielten revolutionäre Transparente hoch, sangen Lieder und verteilten Flugblätter.

Aber die D„K"P-Revisionisten übten nicht nur auf dem Friedhof Terror aus. Die GRF wollte direkt neben dem Friedhofsgelände in einer Gastwirtschaft eine Veranstaltung abhalten. Der Saal wurde jedoch von D„K"P-Revisionisten besetzt. Da es nicht möglich war, sie hinauszuwerfen, fand die Veranstaltung, die sehr kämpferisch ablief, in einem anderen Saal statt. An ihr nahmen auch Genossen der Partei teil, und es wurde eine Grußadresse der Partei verlesen. Einmütig wurde auf der Veranstaltung festgestellt, daß wir – obwohl wir aufgrund der Übermacht der modernen Revisionisten – die Kundgebung nicht verhindern konnten, doch einen Erfolg errangen, weil wir ihre Lügen entlarvt und das Andenken der 65 000 Opfer des Faschismus verteidigt haben.

Die Lügen aus dem Kreml und die Wahrheit

VR China ehrt die Helden der Roten Armee

Anläßlich des 30. Jahrestages des siegreichen Widerstandskrieges gegen die japanischen Militaristen legten in verschiedenen Provinzen Chinas Vertreter der Revolutionskomitees und von Abteilungen der sowjetisch-chinesischen Freundschaftsgesellschft Kränze an den Gräbern oder den Mahnmalen der in diesem Krieg gefallenen Helden der sowjetischen Roten Armee nieder.

Solche Kranzniederlegungen finden jedes Jahr in China statt, um die Achtung des chinesischen Volkes und seine Verehrung für die Helden der Roten Armee zum Ausdruck zu bringen.

Während die sowjetischen Führer diese Ehrbezeugungen systematisch totschweigen, versuchen sie gleichzeitig, mit Falschmeldungen das sowjetische Volk und die Weltöffentlichkeit gegen China aufzuhetzen. So verbreiteten sie jetzt am 4. September eine Meldung, in der sie darüber lamentieren, daß einer Delegation des Komitees von sowjetischen Veteranen, die angab, sie wolle Kränze an den Gräbern der Kämpfer der Roten Armee niederlegen, die Einreise „brutal verweigert" wurde. Gleichzeitig wird in der Meldung behauptet, daß es in China an Achtung vor den Märtyrern der sowjetischen Armee fehle.

Was die sowjetischen Führer wohlweislich verschweigen, ist die Begründung, die der chinesische Außenminister in einer mündlichen Erklärung als Antwort auf das Einreiseersuchen durch die sowjetischen Führer gab. In dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, daß das chinesische Volk den Kämpfern der sowjetischen Roten Armee, die im Widerstandskrieg gegen Japan ihr Leben liessen, sehr große Achtung entgegenbringt. Es heißt dann: „In den Jahren, wo China und die Sowjetunion sich gut verstanden, wurden die obenerwähnten Aktivitäten (die Kranzniederlegungen – RM) zur Erinnerung an die Märtyrer der sowjetischen Roten Armee gemeinsam vom chinesischen und sowjetischen Volk durchgeführt. ... Heute aber, wo es offensichtlich ist, daß die sowjetischen Führer mit Raserei antichinesische Aktivitäten betreiben, wo sie Truppen entlang der chinesischen Grenze massieren, wo sie unaufhörlich, auf den verschiedensten Wegen, unzählige Spione nach China schicken, damit sie dort Subversion und Sabotage betreiben, ist es offensichtlich, daß die chinesische Regierung unmöglich eine von ihnen geschickte Delegation empfangen kann. Im Klartext gesprochen haben die sowjetischen Führer, wenn sie das verlangen, auch kein anderes Ziel, als antichinesische Ränke zu schmieden und das sowjetische Volk zu einer feindlichen Haltung gegen China aufzuhetzen."

Es ist im Übrigen interessant, daß zum gleichen Zeitpunkt, wo die sowjetischen Führer in China um eine Einreiseerlaubnis für die Delegation des Komitees der Veteranen nachsuchte, der Präsident dieses Komitees, P.I. Batow' wilde antichinesische Propaganda betrieb und die Rolle des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen Japan diffamierte.

Die sowjetische Führung hat durch dieses plumpe Manöver einmal mehr ihre schändlichen Absichten gezeigt: Aus dem Andenken an die Helden der sowjetischen Roten Armee, die im antifaschistischen Krieg fielen, Profit für ihre antichinesische Politik zu schlagen.

Polizei schiesst auf Genossen

Fortsetzung von Seite 7

Gegen 21 Uhr wird am Stern die zweite Kundgebung abgehalten. Dort schließen sich mehrere Passanten, die gerade aus einer Straßenbahn kommen, den Kundgebungsteilnehmern an. Auf dem Wege zum Königsplatz wird dann plötzlich eine Gruppe Kundgebungsteilnehmer von einer Polizeistreife angehalten. Unter dem Vorwand, daß hier eine verbotene Demonstration stattfinden würde und man einen Verantwortlichen dafür brauche, greifen sich die Polizisten einen heraus und wollen ihn festnehmen. Dagegen setzen sich die Beteiligten zur Wehr, und der festgehaltene Genosse kommt dabei frei.

Einer der Polizisten drischt einem Genossen den Schlagstock mit voller Wucht auf den Hinterkopf. Beide fallen hin, doch der Genosse ist schneller auf den Beinen und kann sich unter ein Auto retten. Dieses Versteck kann er später im Schutze einer Gruppe von Jugendlichen, die das Ganze miterlebt haben, verlassen.

Während sich auch die anderen Beteiligten vor den draufschlagenden Polizisten retten wollen, fällt hinter ihnen ein Schuß.

Jetzt jagen von allen Seiten Streifenwagen heran, und es beginnt eine Kommunistenjagd, die an die Zeit des Hitlerfaschismus erinnert. **In einer Kneipe wird ein Arbeiter festgenommen und zu einem Polizeiauto geschleift. Da die Polizisten annehmen, daß es sich um einen Kommunisten handelt, wird er bereits im Auto mit Schlägen traktiert, und die Bullen kündigen an: „Warte nur erst, wenn wir auf dem Revier sind."**

Auf dem durch seine besondere Brutalität bereits bekannten 1. Polizeirevier wird der Festgenommene dann in einem Nebenraum von ca. 5-9 Polizisten mit Faustschlägen und Fußtritten aufs brutalste mißhandelt. Von einem Arzt, den er am nächsten Tag aufsucht, werden ihm die zahlreichen Verletzungen bescheinigt, und dieser meint, schade, daß ich keinen Fotoapparat dahabe, daß müßte man dokumentativ festhalten.

In den Straßen rund um den Königsplatz machen Streifenwagen und zivile Greiftrupps weiterhin Jagd auf die Genossen. **Eine Wirtin berichtete, daß Polizisten mit einer Maschinenpistole in die Kneipe gestürzt kamen.** Aus einer Diskussionsgruppe auf dem Königsplatz heraus werden noch zwei weitere Personen festgenommen. Auch hier kommt es zu Mißhandlungen.

Obwohl der Polizeiapparat noch die halbe Nacht auf Hochtouren läuft, gelingen keine weiteren Festnahmen. **Mehrere Genossen finden bei Passanten und Anwohnern, die den Terror miterlebt haben, spontan Unterstützung. So wird z. B. ein Genosse von einem Arbeitslosen in seiner Wohnung solange beherbergt, bis alles vorbei ist.** Mehrere Jugendliche erklären sich bereit, den Polizeiterror auch vor Gericht zu bezeugen.

POLIZEI UND D K'P – HAND IN HAND

Noch während die Polizisten auf der Jagd nach Genossen der KPD/ML und der GRF (KPD) sind und überall aufgeregte Diskussionstrauben stehen, ziehen die modernen Revisionisten vom Arbeitskreis Solidarität mit ihrem Fackelzug unter dem Schutz der Polizei auf dem Königsplatz ein. **Hier wird offensichtlich, daß der kapitalistische Staatsapparat, in diesem Fall die Kasseler Polizei, ein Interesse daran hat, die Propaganda dieser falschen Kommunisten von der D„K"P in Form ihres Arbeitskreises Solidarität zu schützen, während sie die Propaganda der wahren Kommunisten mit brutalster Gewalt unterdrücken will.** Der Leiter der allgemeinen Polizeibehörde sagt, daß es sich hier um eine Störaktion gegen den Fackelzug der modernen Revisionisten gehandelt habe, und man sich in Zukunft mit dem Veranstalter solcher Aktionen zusammensetzen müßte, um zu beraten, wie man solches verhindert.

Aber der Kommunismus läßt sich nicht verbieten, und die Wahrheit läßt sich nicht immer unterdrücken. Die KPD/ML wird alles daransetzen, möglichst vielen Leuten in Kassel die Wahrheit über den Polizeiterror zu sagen und sich auch nicht davon abbringen lassen, die modernen Revisionisten als das zu entlarven, was sie sind, nämlich die größten Feinde in der Arbeiterbewegung.

NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR! NIEDER MIT DEN MODERNEN REVISIONISTEN VON DER D„K"P!

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.............................

Beruf.............................

Postleitzahl/Ort.............................

Straße.............................

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 38/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, [illegible]str. 20, Tel.: 0511 / 44 51 [illegible], Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, [illegible]rtzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 [illegible], Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. [illegible], Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / [illegible] 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. [illegible]-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller [illegible]str. 70, Öffnungszeiten: Mi. und [illegible] 16-19, [illegible] Uhr.

Duisburg-Hochfeld, [illegible]ulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-1[illegible] Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Mariengrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

BREMEN:
„Keine Stimme den bürgerlichen Parteien", 20. 9., 19 Uhr, Stadthalle, Kongreßsaal. (Nähe Hauptbhf.)

DUISBURG:
Veranstaltung zu den Prozessen gegen die Zeugen des Mordes an Genossen Routhier. Es spricht der Genosse Hanfried Brenner. 17. 9., 19 Uhr, Duisburg-Neudorf, Sternbuschweg.

HAMBURG:
Kulturabend: „Revolutionäre Kunst im Kampf gegen den imperialistischen Krieg", 27. 9., 17-21 Uhr, HH-Altona, Ölkersallee 3, Gaststätte „Zum alten Sängerheim".

PROZESSTERMINE

Am 25.9.75 findet im Landgericht Flensburg, 1. große Strafkammer Südergarten, Zi. 58, 2. Stock, ein Prozeß gegen einen Genossen wegen „Staatsgefährdender Zersetzung", § 98 StGB, statt.

ANSCHRIFTEN DER VIER INHAFTIERTEN GENOSSEN

Peter Bayer, 8 München 90, Stadelheimer Str. 12
Hubert Lehmann, 8851 Niederschoenfeld/D'wörth, Justizvollzugsanstalt.
Hans Georg Schmidt, 3578 Schwalmstadt, Paradeplatz 5
Bernd Reisser, 8602 Ebrach, Justizvollzugsanstalt